

Der französische Bürgerrat für das Klima: Vorgeschlagene Maßnahmen und Stand der Umsetzung

26.04.2021

Autorinnen:

Anna Brehm, DFBEW, anna.brehm.extern@bmwi.bund.de

Lucie Lochon, DFBEW

Zusammenfassung

Im Jahr 2019 wurde in Frankreich von Präsident Emmanuel Macron ein sogenannter Bürgerrat für das Klima (*convention citoyenne pour le climat*, CCC) einberufen. Dieser hatte das Ziel, Maßnahmen zu erarbeiten, die es Frankreich erlauben sollen, eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40% bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Zwischen Oktober 2019 und Juni 2020 trafen sich 150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger zu acht Sitzungen in Paris, um sich zu informieren, mit Experten auszutauschen und Vorschläge für Maßnahmen zu erarbeiten. Das vorliegende Memo beschreibt die Entstehung der CCC in Frankreich sowie deren Umsetzung und Funktionsweise. Außerdem werden die Ergebnisse des Bürgerrats und der Stand der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen präsentiert.

Soutenu par :



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Soutenu par :



MINISTÈRE
DE LA TRANSITION
ÉCOLOGIQUE

Liberté
Égalité
Fraternité

Inhalt

I. Kontext	3
I.1. Was ist ein Bürgerrat und wie funktioniert er?	3
I.2. Entstehung der <i>Convention Citoyenne pour le Climat</i> : Politischer Kontext in Frankreich	4
II. Funktionsweise der <i>Convention Citoyenne pour le Climat</i>	5
II.1. Ziel und Mandat	5
II.2. Organisation und Budget	6
II.3. Auswahl der Teilnehmenden	7
II.4. Ablauf und Arbeitsweise	8
III. Die Ergebnisse des Bürgerrats	9
IV. Ausblick	11
V. Stand der Umsetzung der Maßnahmen	13
Anhang 1: Gliederung der 150 Maßnahmen in 46 thematische Ziele	33

Disclaimer

Der vorliegende Text wurde durch das Deutsch-französische Büro für die Energiewende (DFBEW) verfasst. Die Ausarbeitung erfolgte mit der größtmöglichen Sorgfalt. Das DFBEW übernimmt allerdings keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen.

Alle textlichen und graphischen Inhalte unterliegen dem deutschen Urheber- und Leistungsschutzrecht. Sie dürfen, teilweise oder gänzlich, nicht ohne schriftliche Genehmigung seitens des Verfassers und Herausgebers weiterverwendet werden. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Verarbeitung, Einspeicherung und Wiedergabe in Datenbanken und anderen elektronischen Medien und Systemen.

Das DFBEW hat keine Kontrolle über die Webseiten, auf die die in diesem Dokument sich befindenden Links führen. Für den Inhalt, die Benutzung oder die Auswirkungen einer verlinkten Webseite kann das DFBEW keine Verantwortung übernehmen.

I. Kontext

Im Jahr 2019 wurde in Frankreich von Präsident Emmanuel Macron ein **sogenannter Bürgerrat für das Klima (*convention citoyenne pour le climat, CCC*)** einberufen. Dieser hatte das Ziel, Maßnahmen zu erarbeiten, die es Frankreich erlauben sollen, eine **Reduzierung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40% bis zum Jahr 2030 zu erreichen**. Der Bürgerrat war eine Reaktion auf die Gelbwesten-Proteste in Frankreich und Resultat einer sich daran anschließenden nationalen Debatte (*grand débat national*). Der Bürgerrat für das Klima tagte zwischen Oktober 2019 und Juni 2020 in acht Sitzungen und veröffentlichte im Anschluss **Vorschläge für 149 Maßnahmen** welche Präsident Emmanuel Macron vorgestellt wurden. Das vorliegende Memo beschreibt die Entstehung der CCC in Frankreich sowie deren Umsetzung und Funktionsweise. Im Anschluss werden die Ergebnisse des Bürgerrats und der Stand der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen präsentiert.

I.1. Was ist ein Bürgerrat und wie funktioniert er?

Bürgerräte, oft auch „Mini-Öffentlichkeit“ genannt, sind **temporäre Gremien von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern**, die mehrmals tagen und miteinander diskutieren, um **Handlungsempfehlungen für die Politik** zu formulieren¹. Ziel von Bürgerräten ist es, durch ergebnisoffene Diskussionen Antworten auf eine oder mehrere Fragestellungen von gesellschaftlicher Relevanz zu finden². Die Teilnehmenden werden dazu durch wissenschaftliche Vorträge von Experten und Expertinnen umfassend informiert. Anschließend entwickeln sie in moderierten Diskussionen Handlungsempfehlungen und Forderungen für die Politik. Studien zu bereits durchgeführten Bürgerräten stellen fest, dass diese Vorgehensweise informierte Entscheidungen ermöglichen und den Blick für das Allgemeinwohl stärken. Erfahrungen aus verschiedenen Ländern zeigen zudem, dass die Teilnehmenden ihre Aufgabe ernst nehmen und im Laufe der Diskussionen auch Ihre Ansichten überdenken³. Anders als bei anderen Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, wie Referenden, wird die Entscheidungsfindung durch einen Prozess herbeigeführt, bei dem durch die repräsentative Auswahl der Teilnehmenden alle sozialen Erfahrungen, Standpunkte und Interesse das gleiche Gehör finden können.

Das Prinzip der zufälligen Auslosung von Bürgerinnen und Bürgern an sich ist nicht neu und lässt sich auf die Ursprünge der Demokratie im antiken Griechenland zurückverfolgen⁴ ⁵. In jüngerer Zeit wurde die Methode der zufällig ausgelosten Bürgerversammlungen **in vielen Ländern eingesetzt**. Der erste Bürgerrat wurde vor 15 Jahren in British Columbia und Ontario in Kanada einberufen, um einen Vorschlag für eine Wahlrechtsreform zu entwickeln. Auch in den Niederlanden, Irland, Belgien, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, sowie in Texas und Oregon wurden bereits Bürgerräte einberufen. In Deutschland gab es von Januar bis März 2021 einen Bürgerrat zum Thema „Deutschlands Rolle in der Welt“⁶ unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Außerdem befasste sich der Petitionsausschuss im Bundestag Ende Januar 2021 mit einer Petition für einen bundesweiten Bürgerrat zur Klimapolitik⁷ und die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat vorgeschlagen, das deutsche Wahlrecht mit Hilfe eines Bürgerrats zu reformieren⁸. Am 26. April startet zudem ein Bürgerrat Klima⁹ unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler. Dieser wurde von einem gemeinnützigen Verein ins Leben gerufen und wird von einem Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt¹⁰. Im Vergleich zum französischen Bürgerrat für das Klima hat dieser Bürgerrat somit kein offizielles Mandat von staatlicher Seite. Der Bürgerrat wird

¹ Smith und Setälä 2018, Mini-Publics and Deliberative Democracy ([Link](#), auf Englisch)

² Gastil und Richards 2013, Making Direct Democracy Deliberative through Random Assemblies ([Link](#), auf Englisch)

³ Deutschlandfunk 2020, Ein Weg aus der Krise der Demokratie ([Link](#) zum Artikel)

⁴ Fournier et al. 2011, When Citizens Decide: Lessons from Citizen Assemblies on Electoral Reform ([Link](#), auf Englisch)

⁵ Gastil und Richards 2013, Making Direct Democracy Deliberative through Random Assemblies ([Link](#), auf Englisch)

⁶ Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt 2021, Bürgerrat ([Link](#) zur Website)

⁷ Deutscher Bundestag 2021, Öffentliche Sitzung des Petitionsausschusses vom 25. Januar 2021 ([Link](#) zur Website)

⁸ Bürgerrat Demokratie 2021: Große Koalition will Bürgerrat zum Wahlrecht ([Link](#) zum Artikel)

⁹ Bürgerrat Klima 2021, Deutschland lass uns reden: über das Klima ([Link](#) zur Website)

¹⁰ Bürgerrat Klima 2021, Der Unterstützerkreis ([Link](#) zur Website)

bis zum 23. Juni in zwölf Online-Sitzungen tagen. 160 zufällig ausgelosten Menschen¹¹ werden diskutieren, wie Deutschland die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Gesichtspunkte erreichen kann. Die Diskussionen werden sich auf die Bereiche Verkehr, Gebäude und Wärme, Energie und Ernährung konzentrieren.

1.2. Entstehung der *Convention Citoyenne pour le Climat*: Politischer Kontext in Frankreich

Die CCC wurde in Frankreich unter anderem als **Reaktion auf die Gelbwesten-Proteste**, dem Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung und **die Dringlichkeit der Klimakrise** einberufen¹². Die Gelbwesten-Bewegung entstand im Jahr 2018 als Protest gegen den Anstieg der Benzin- und Dieselpreise, die u.a. der französischen CO₂-Abgabe (*Contribution climat énergie*, CCE, non-ETS) unterliegen. Die Regierung von Präsident Emmanuel Macron hatte im Jahr 2017 einen schnelleren Anstiegspfad dieser Abgabe beschlossen. Zudem war eine Angleichung der Besteuerung für Benzin und Diesel bis zum Ende der laufenden Amtszeit Macrons im Jahr 2022 vorgesehen. Ziel der Maßnahme war unter anderem die Bekämpfung der Luftverschmutzung. Der gleichzeitige starke Anstieg der Benzinpreise zum damaligen Zeitpunkt verstärkte den Preiseffekt der Besteuerung, welche die Proteste hervorriefen. Obwohl es sich bei den Gelbwesten um eine sehr heterogene Bewegung handelt, lassen sich einige Gemeinsamkeiten feststellen, insbesondere bei der Betrachtung der materiellen Existenzbedingungen, dem Gefühl einer beschleunigten Verschlechterung der eigenen Lebensbedingungen sowie dem Gefühl eines Schicksals ohne Aussicht auf Mobilität. Anhänger der Gelbwesten sind im Durchschnitt 45 Jahre alt und gehören überwiegend zur sogenannten „stabilen“ Arbeiterfraktion und zur kleinen Mittelschicht. Ein weiteres wichtiges Merkmal ist die Überrepräsentation von Frauen, die in früheren Bewegungen traditionell wenig mobilisiert wurden, aber auch von Alleinerziehenden oder Menschen mit Behinderung¹³. Die Gelbwesten sind meist Einwohnern von Vorstädten¹⁴. Die Proteste richteten sich vor allem auf die Verteidigung der Kaufkraft und nicht gegen Maßnahmen für den Umweltschutz.

Gleichzeitig ist sich **der Großteil der französischen Bevölkerung des Klimawandels bewusst und besorgt über dessen Konsequenzen**¹⁵. Die Mehrheit der Bevölkerung gibt an, dass sie bereit ist, Anstrengungen zu unternehmen, um den Klimawandel zu bekämpfen¹⁶. Im Dezember 2018 wurde eine große Kampagne namens "*Affaire du siècle*" gestartet welche die Regierung Untätigkeit im Bereich Umwelt- und Klimaschutz vorwirft und in einem Monat über zwei Millionen Unterzeichner sammelte.

Als Reaktion auf diese Proteste wurde für drei Monate eine sog. **nationale Debatte (*grand débat national*)** mit Bürgerinnen und Bürgern in ganz Frankreich organisiert, an der insgesamt rund 1,5 Millionen Menschen teilnahmen¹⁷. Im Rahmen dieser Initiative konnte die französische Bevölkerung ihre Bedenken, Bedürfnisse und Politikvorschläge zu den vier Themenbereichen Umwelt, Steuern, Staatsaufbau, Demokratie in unterschiedlichen Formaten einbringen: in Onlineformaten, in lokalen Versammlungen und auf regionalen Bürgerkonferenzen, über in Gemeinden ausliegende Bürger- und Beschwerdehefte und per Brief oder E-Mail¹⁸. Insgesamt fanden über 10.000 lokale Konsultationen in ganz Frankreich statt. Anschließend wurden auf **21 Bürgerkonferenzen** mit 1.400 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern Prioritäten und Lösungsvorschläge herausgearbeitet und diskutiert. Emmanuel Macron nahm an

¹¹ Bürgerrat Klima 2021, Das Losverfahren ([Link](#) zur Website)

¹² Heinrich Böll Stiftung 2019, Convention citoyenne : revitaliser la démocratie pour le climat ? ([Link](#), auf Französisch)

¹³ Laurent Jeanpierre 2019, In Girum : Les leçons politiques des ronds-points ([Link](#), auf Französisch)

¹⁴ Laut einer Studie sehen sich Befragte, die weniger als 10 km von einem Stadtzentrum entfernt wohnen zu 13 % als Gelbwesten. Dieser Anteil steigt auf 28 % bei Personen, die zwischen 40 und 60 km von einem Stadtzentrum entfernt wohnen (IFOP 2019, Note n°2 : Les « gilets jaunes » : Sociologie d'un mouvement hors norme ([Link](#), auf Französisch))

¹⁵ Eine Umfrage der Zeitung Libération ergab, dass 77 % der Befragten täglich besorgt über den Klimaschutz sind (Libération 2020, Pour les Français, le climat est l'impératif présent ([Link](#), auf Französisch))

¹⁶ Douenne, Fabre 2020, French attitudes on climate change, carbon taxation and other climate policies ([Link](#), auf Englisch)

¹⁷ Franceinfo 2020, grand débat national ([Link](#), auf Französisch)

¹⁸ Deutsch-Französisches Institut 2019, Der Grand Débat National in Frankreich ([Link](#) zur Publikation)

14 dieser Treffen teil¹⁹ und kündigte zum Abschluss der Debatte am 25. April ein Maßnahmenpaket, welches u. a. Steuererhöhungen, eine Mindestrente, die Gründung eines Umweltrates mit relevanten Ministerien und auch die Schließung der Verwaltungshochschule ENA beinhaltet.

Die CCC wurde ebenfalls von Emmanuel Macron am 25. April 2019 zum Ende der Debatten-Reihe als eine der Maßnahmen angekündigt²⁰. Sie geht jedoch auf einen Vorschlag des Kollektivs *Gilets citoyens* zurück²¹, die in einem offenen Brief²² die Einberufung eines Bürgerrats gefordert hatten. Am 02. Juli 2019 beauftragte der Premierminister E-douard Philippe mit einem Schreiben²³ den **französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat** (*Conseil économique, social et environnemental*, CESE, dritte parlamentarische Kammer, Vertretung von Organisationen der Zivilgesellschaft) mit der Organisation der CCC. In seiner Ankündigung des Bürgerrats hatte Emmanuel Macron auch eine Reform des CESE in Aussicht gestellt, welcher durch zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ergänzt werden soll²⁴. Nach dem Auswahlprozess der Teilnehmenden im August und September 2019 trat die CCC zu Ihrer ersten Sitzung am 4. Oktober 2019 zusammen.

II. Funktionsweise der *Convention Citoyenne pour le Climat*

Die CCC ist der erste nationale, institutionalisierte Bürgerrat in Frankreich. Sie wurde vom CESE organisiert und in dessen Sitz, dem *Palais d'Iéna* in Paris, durchgeführt. Die CCC tagte im Zeitraum von Oktober 2019 bis Juni 2020 an acht Wochenenden, wobei die Teilnehmenden aus ganz Frankreich und den Überseegebieten anreisten. Laut CCC handelt es sich bei diesem Bürgerrat um ein „beispielloses demokratisches Experiment in Frankreich, das den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme geben soll, um den Kampf gegen den Klimawandel zu beschleunigen.“

II.1. Ziel und Mandat

Ziel der CCC war es, Maßnahmen gegen die globale Erderwärmung zu formulieren. Konkret hatte die CCC zur Aufgabe, **Maßnahmen zu erarbeiten, um im Sinne der Gerechtigkeit eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen Frankreichs um mindestens 40% bis 2030 im Vergleich zu 1990 zu erreichen**. Dabei galt der Grundsatz, dass jede vorgeschlagene Maßnahme auch einen Vorschlag zur Finanzierung der anfallenden Kosten beinhalten muss. Es wurden keine Themen im Voraus ausgeschlossen und die Teilnehmenden der CCC wurden explizit vom damaligen französischen Minister für ökologischen Wandel, Francois de Rugy, aufgefordert, über die Zukunft der französischen CO₂-Steuer zu beraten²⁵. Die von der CCC erarbeiteten legislativen und regulatorischen Maßnahmen sollten daraufhin der Regierung und dem Präsidenten überreicht werden. Außerdem erhielt die CCC die Möglichkeit, Maßnahmen, die einem Referendum unterzogen werden sollen, vorzuschlagen.

Während das Mandat der CCC klar definiert war, sorgte ihr institutioneller Status, insbesondere das Verhältnis zu den Parlamenten, für Kontroversen. Die Frage, welche Legitimität die CCC im Vergleich zu einer gewählten Versammlung, wie dem Parlament, hätte und ob mit dem Bürgerrat das Parlament bei der Gesetzgebung umgangen werden könnte,

¹⁹ Le Monde 2019, Grand débat : le tour de France en 80 jours d'Emmanuel Macron ([Link](#), auf Französisch)

²⁰ Elysee 2019, Conférence de presse à l'issue du Grand Débat national ([Link](#), auf Französisch)

²¹ Das Kollektiv besteht laut eigenen Angaben aus Akteuren, die sich für demokratische Innovation einsetzen, der Gruppe der "Gelbwesten", Vertreter*innen von Umweltbewegungen, Forscher*innen und Experten und Expertinnen für partizipative Demokratie sowie Akteure der Zivilgesellschaft. Cyril Dion und Marion Cotillard, die Mitglieder des Kollektivs sind, hatten sich am 13. Februar 2019 mit Emmanuel Macron getroffen, um Ihm die Einberufung eines Bürgerrats vorzuschlagen.

²² Hypotheses 2019, Lettre ouverte au Président de la République – Réussir le Grand Débat National : pour un nouveau souffle démocratique ([Link](#), auf Französisch)

²³ Convention Citoyenne pour le Climat 2019, Lettre de Mission ([Link](#), auf Französisch)

²⁴ Elysee 2019, Conférence de presse à l'issue du Grand Débat national ([Link](#), auf Französisch)

²⁵ Le Monde 2019, 150 Français tirés au sort, six mois de débat, la taxe carbone sur la table : la Convention citoyenne sur le climat se précise ([Link](#), auf Französisch)

wurde in der Öffentlichkeit mehrfach gestellt. Sowohl vom französischen Präsidenten Macron, als auch von den Parlamentsmitgliedern selbst wird die CCC jedoch als Ergänzung zum Parlament verstanden und kommuniziert.²⁶

II.2. Organisation und Budget

Im Rahmen der CCC wurden neben der Versammlung der Bürgerinnen und Bürger verschiedene Gremien geschaffen, um einen reibungslosen Ablauf und die Unabhängigkeit der CCC zu gewährleisten:

- **Governance Ausschuss** (*comité de gouvernance*): Von der Regierung unabhängiger Ausschuss, der eingerichtet wurde, um die CCC dabei zu unterstützen, ihre Unabhängigkeit zu wahren und sicherzustellen, dass der Wille der Mitglieder der CCC respektiert wird. Die Co-Vorsitzenden waren Thierry Pech, Geschäftsführer der Denkfabrik Terra Nova, und Laurence Tubiana, Vorstandsvorsitzende der Stiftung *European Climate Foundation*.
- **Garanten** (*garants*): Um die Unabhängigkeit der CCC zu gewährleisten und sicherzustellen, dass sie unter guten Bedingungen arbeiten kann, wurden drei Garanten benannt, die einen externen Blick auf die Vorgehensweise warfen. Hierbei wurde jeweils ein Garant durch den CESE, die Nationalversammlung und den Senat ernannt.
- **Animationsteam**: Während der gesamten Dauer der CCC wurden die Mitglieder von Sachverständigen und 15 ausgebildeten Moderatorinnen und Moderatoren für den Bürgerdialog begleitet.
- **Support-Einheit** (*groupe d'appui*): Die Support-Einheit wurde durch den Governance-Ausschuss gebildet und bestand aus Experten und Expertinnen, die aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung und ihres Fachwissens die Mitglieder der CCC bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge und Maßnahmen beraten durften.
- **Gesetzgebungsausschuss** (*comité légistique*): Dieser Ausschuss war damit beauftragt, die von der CCC vorgeschlagenen Maßnahmen in ein Gesetzesvorschläge zu formulieren.
- **Referenten und Referentinnen** (*intervenants*): Eine Vielzahl an Referenten und Referentinnen aus unterschiedlichsten Bereichen haben auf Einladung durch die CCC Vorträge gehalten und deren Mitglieder zu verschiedenen Themen informiert. **Abbildung 1** gibt eine Übersicht über die Referenten und Referentinnen.
- **Forscher und Forscherinnen** (*chercheurs-observateurs*): Die Arbeit der CCC wurde von circa 30 Forschenden aus allen Disziplinen mitverfolgt und dokumentiert. Hierzu gab es eine Ausschreibung.
- **Faktenprüfer** (*fact-checkers*): Um Fakten- und Datenfragen der Teilnehmenden zu beantworten, hatte der Governance-Ausschuss ein Team von Faktenprüfern aus verschiedenen Forschungszentren aufgestellt. Die Faktenprüfer kamen aus verschiedenen akademischen Disziplinen und arbeiteten als Freiwillige während der Arbeitssitzungen der CCC.

²⁶ Public Sénat 2020, Convention citoyenne : le Sénat refuse de participer aux travaux ([Link](#), auf Französisch)

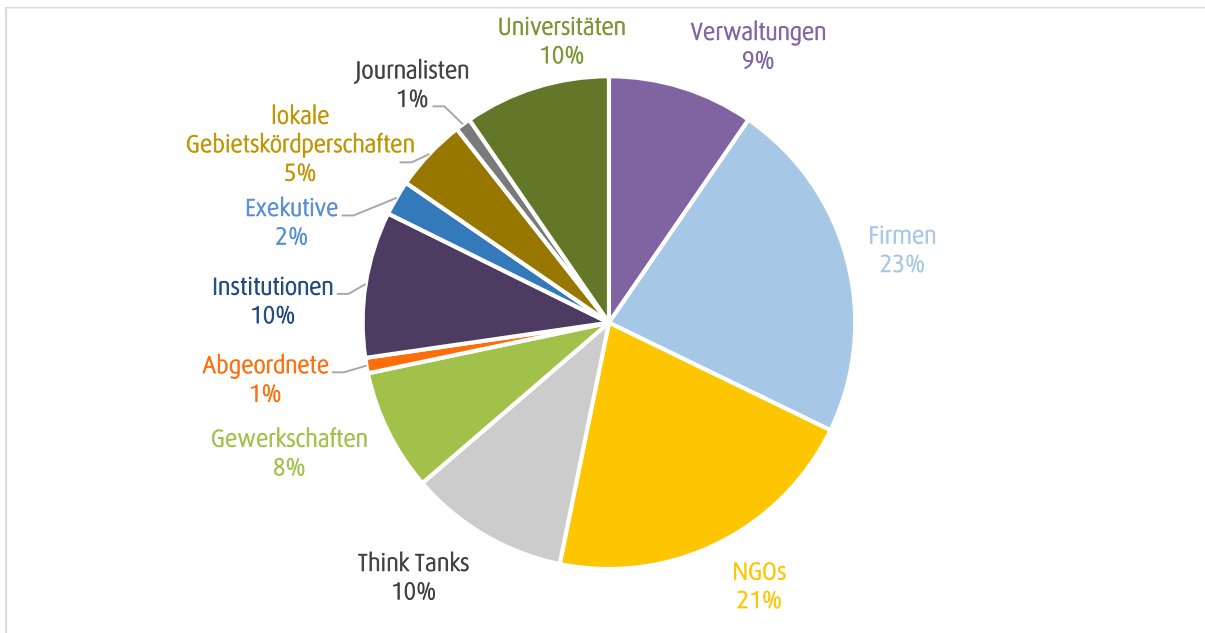


Abbildung 1: Die geladenen Referenten und Referentinnen des Bürgerrats für das Klima nach Organisationstyp. Quelle: Convention Citoyenne pour le climat 2020, Darstellung: DFBEW.

Für die Organisation und Durchführung der CCC stand dem CESE ein **Budget von 5,4 Millionen €** zur Verfügung. Dazu gehörte die logistische Organisation (Transport, Unterbringung und Verpflegung der 150 ausgelosten Bürgerinnen und Bürger), die Entschädigung der Bürgerinnen und Bürger, der Auslosungsprozess, die Moderation der Sitzungen mit Anwesenheit von Anwälten und Experten usw. Die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger erhielten eine Entschädigung auf Basis der Sitzungsgelder, das heißt 86,04 € pro Tag (1.462 € für den gesamten Prozess), sowie eine Entschädigung für den Verlust des Berufseinkommens für diejenigen, die während ihrer Arbeitszeit teilnahmen (10,03 € pro Stunde). Außerdem übernahm das CESE Kosten für die Kinderbetreuung um Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, die Teilnahme an der Arbeit zu ermöglichen.

II.3. Auswahl der Teilnehmenden

Die Mitglieder der CCC wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Ein französisches Institut für Marktforschung (*Institut Harris Interactive*) erhielt hierfür den Auftrag. Für die Auswahl der Teilnehmenden nach dem Zufallsprinzip wurden automatisch Telefonnummern generiert, davon 85 % Mobilfunk und 15 % Festnetz, und so rund 255.000 Personen zwischen Ende August und Ende September kontaktiert und befragt, ob sie grundsätzlich bereit wären, an der CCC teilzunehmen. Diese Auswahl nach dem Zufallsprinzip bedeutet, dass alle existierende Telefonnummer die gleiche Chance hatten, ausgewählt zu werden. Das Ziel dieser Vorgehensweise war, einen repräsentativen Querschnitt der französischen Bevölkerung zu erhalten. Bei der Auswahl der 150 Teilnehmenden wurden die folgenden Auswahlkriterien angewandt:

- **Geschlecht:** Entsprechend der französischen Gesellschaft waren 51 % der Teilnehmenden Frauen und 49 % Männer
- **Alter:** Es wurden sechs Altersgruppen proportional zur französischen Alterspyramide definiert, sodass sie Auswahl die Altersverteilung in der französischen Gesellschaft abbildet
- **Bildungsstand:** Es wurden sechs Stufen des Bildungsstands definiert und dabei ein besonderes Augenmerk auf eine angemessene Präsenz von Personen ohne akademischen Abschluss gelegt
- **Beschäftigung:** Die CCC bildete die Vielfalt der sozio-professionellen Kategorien der französischen Gesellschaft ab (Arbeiter, Angestellte, Manager, etc.). Auch Menschen, die von extremer Armut betroffen sind, nahmen teil.

- **Art des Wohnorts:** Die Zusammensetzung der CCC berücksichtigte auch die verschiedenen Wohnumgebungen der französischen Gesellschaft und berücksichtigte eine repräsentative Verteilung zwischen Menschen aus Ballungsräumen, Vororten, ländlichen Gemeinden und aus sozial benachteiligten Gebieten.
- **Geographische Herkunft:** Die CCC stellte auch die Verteilung der französischen Bevölkerung zwischen den Regionen des französischen Festlands und den Überseegebieten dar. So nahmen insgesamt 5 Personen aus Überseegebieten an der CCC teil.

Für die Teilnahme an der CCC wurden keine besonderen Kenntnisse vorausgesetzt. Die zufällig ausgewählten Personen hatten die Möglichkeit das Angebot anzunehmen oder abzulehnen.

II.4. Ablauf und Arbeitsweise

Für die CCC trafen sich die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger acht Mal jeweils drei Tage zwischen Oktober 2019 und Juni 2020 im CESE in Paris, um sich zu informieren, mit Experten auszutauschen und gemeinsam ihre Vorschläge zu erarbeiten (siehe Abbildung 2). Ein großer Teil der Zusammenkünfte wurde gefilmt und kann auf der Internetseite²⁷ (auf Französisch) der CCC eingesehen werden. Die ersten beiden Sitzungen fanden im Oktober 2019 statt und dienten dem Kennenlernen und der thematischen Erkundung und Information. Die Teilnehmenden sollten dabei auf den gleichen Wissensstand gebracht werden. Der Governance-Ausschuss versorgte die Versammlung mit **Informationen über die Herausforderungen des Klimawandels**, sowie über den Status der bisher umgesetzten öffentlichen Maßnahmen und die nationale Dekarbonisierungsstrategie (*Stratégie nationale bas-carbone, SBC*)²⁸ der Regierung. Hierzu wurde auch eine Reihe von Expertinnen und Experten eingeladen.

Die Mitglieder der CCC wurden daraufhin **per Los in fünf Themengruppen** eingeteilt: „Wohnen“, „Essen“, „Mobilität“, „Konsum“ und „Arbeit und Produktion“, in denen der Großteil der inhaltlichen Arbeit stattfand und ein Austausch zwischen den Teilnehmenden möglich war. Die Sitzungen drei bis fünf waren der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen gewidmet und wurden vom Animationsteam moderiert. Das Ziel dieser Sitzungen war es, Vorschlägen zu erarbeiten, die anschließend in Gesetzen umgesetzt werden könnten. Das Animationsteam achtete dabei insbesondere darauf, dass sich aus der Summe der Individuen ein Kollektiv entwickelt und sich alle 150 Teilnehmenden äußern konnten. Hierbei kam u. a. auch die Zufallsauswahl zum Einsatz. Im Rahmen der Arbeitssitzungen konnten die Bürgerinnen und Bürger **auf eigenen Wunsch weitere Expertinnen und Experten aus allen Lebensbereichen einladen**. Während der vierten Sitzung am 10. Januar 2020 tauschen sich die Mitglieder der CCC auch mit Präsident Emmanuel Macron aus.

In der sechsten Sitzung wurden die von den thematischen Gruppen erarbeiteten Maßnahmen im Plenum diskutiert und zusammengefasst. Im April fand zudem eine **außerordentliche Sitzung** statt, während der die Mitglieder der CCC über die **wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19 Pandemie** in Frankreich diskutierten. In der siebten Sitzung Ende Juni 2020 stimmen die 150 Mitglieder der CCC über die 150 erarbeiteten Vorschläge ab. Außerdem erfolgte eine Abstimmung über die Vorschläge, für die ein Referendum vorgeschlagen werden sollte. Am 26. Juni 2020 veröffentlichte die CCC ein 460-seitiges Dokument mit ihren Vorschlägen auf der Website der CCC, die in sechs Themengruppen gegliedert sind (die fünf Themenbereiche der Arbeitsgruppen „Wohnen“, „Essen“, „Mobilität“, „Konsum“ und „Arbeit und Produktion“ sowie der Themenbereich „Governance“²⁹).

²⁷ Convention Citoyenne pour le Climat 2021, Les travaux de la Convention ([Link](#), auf Französisch)

²⁸ République française 2021, Stratégie nationale bas carbone ([Link](#), auf Französisch)

²⁹ Der Themenbereich « Governance » fasst die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zusammen, die den Kampf gegen den Klimawandel und den Respekt der Umwelt, besser in der Verfassung verankern sollen.

Vom 26. Bis 28. Februar 2021 fand die achte und letzte Sitzung der CCC virtuell statt, um **die Umsetzung der Maßnahmen durch die Regierung zu bewerten**. Im Rahmen dieser Sitzung präsentierten zunächst die Regierung und die zuständigen Ministerinnen und Minister den Teilnehmenden der CCC die geplante Umsetzung der Maßnahmen. Anschließend stimmten die Mitglieder der CCC über diese Vorschläge zur Umsetzung der Maßnahmen ab. Diese Bewertung ermöglichte es den Mitgliedern der CCC, ihre Meinung dazu zu äußern, wie die Regierung die ihr am 28. Juni 2020 vorgelegten Vorschläge in Gesetze, Verordnungen oder Vorschriften umzusetzen gedenkt. Die allgemeine Bewertung der Umsetzung fiel kritisch aus, da **die Mehrheit der Mitglieder der CCC die Beschlüsse der Regierung als unbefriedigend und als unzureichend empfand**. Auch die Bewertung der durch die Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zu den sechs Themenbereichen stellte die Mitglieder nicht zufrieden. Bei vier der fünf Themenbereiche stuften die Teilnehmenden die Antwort der Regierung als unbefriedigend ein: Wohnen (3,4/10), Arbeit und Produktion (3,7/10), Ernährung (3,7/10) und Mobilität (3,7/10). Für den letzte Themenbereich Konsum wurden die Vorschläge etwas besser bewertet (4/10), ebenso wie der Aspekt der Governance (4,1/10). Insgesamt bewerten die Mitglieder der CCC das Bürgerbeteiligungsexperiment jedoch als nützlich für den Kampf gegen den Klimawandel.



Abbildung 2: Der zeitliche und organisatorische Ablauf der Convention Citoyenne pour le Climat. Quelle: Convention Citoyenne pour le Climat 2020, Darstellung: DFBEW

III. Die Ergebnisse des Bürgerrats

Das Ergebnis der Arbeit der CCC sind 150 Maßnahmen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden dabei in **46 thematische Ziele** gegliedert, die mehrere Maßnahmen zusammenfassen und in Anhang 1 aufgelistet sind. Die Abstimmung im Plenum der CCC zeigte, dass es einen **starken Konsens zu den erarbeiteten Maßnahmen** gab. Lediglich eine der 150 Maßnahmen wurde vom Plenum abgelehnt – der Vorschlag, die wöchentliche Arbeitszeit auf 28 Stunden zu reduzieren. Von den Vorschlägen, die einem Referendum unterzogen werden sollen, wurden drei angenommen: Zwei zu Änderungen der Verfassung, sowie die Anerkennung des Ökozids als Straftatbestand. Der Abschlussbericht der CCC

selbst wurde mit 95% der Stimmen der Mitglieder angenommen. Bei einem Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen bezieht sich die CCC auf **bereits existierende Vorschläge**. Der Beitrag der CCC lag daher nicht nur in der inhaltlichen Arbeit, welche Maßnahmen ihr zufolge zu ergreifen seien, sondern auch in der **Prioritätensetzung und der zeitlichen Planung** bei der Umsetzung bereits bestehender Vorhaben und Vorschläge.

Aufsehen erregte die Tatsache, dass **keine der vorgeschlagenen Maßnahmen die französische CO₂-Steuer in den Blick nahm**, die allgemein als einer der Gründe für das Aufkommen der Gelbwesten-Proteste gewertet worden war. Obwohl die Thematik ausdrücklich von der CCC hätte behandelt werden können³⁰, beschlossen die Mitglieder keine Vorschläge bezüglich der Zukunft der bestehenden Steuer zu verabschieden. Im Abschlussbericht der CCC findet sich hingegen die Idee eines fünfjährigen Moratoriums für Veränderungen oder Erhöhungen der CO₂-Steuer, bis die Bevölkerung ausreichend über den Klimanotstand informiert ist und die nötigen Möglichkeiten hat, ihre Gewohnheiten entsprechend zu ändern. Basierend auf einer Studie³¹ des französischen Wirtschaftsobservatoriums (*Observatoire français des conjonctures économiques*, OFCE) und der französischen Agentur für den ökologischen Wandel (*Agence de la transition écologique*, ADEME), nach der die Einführung einer CO₂-Grenzsteuer effektiver wäre als eine nationale CO₂-Steuer, unterstützten die Mitglieder der CCC die Idee eines CO₂-Ausgleichsmechanismus an den Grenzen der Europäischen Union³². Ein Vorschlag für die Einführung eines solchen Mechanismus wird derzeit von der Europäischen Kommission vorbereitet³³. Präsident Macron bekräftigte diese Position und deutete an, dass eine Reform der nationalen CO₂-Steuer erst ab 2022 ins Auge gefasst werden könne - zusammen mit einer umfassenden Reflexion über die Entwicklung des französischen Steuersystems³⁴.

Zusätzlich zu dem Maßnahmenpaket hat die CCC auch Vorschläge unterbreitet, **wie die Maßnahmen finanziert werden könnten**. Neben der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der Besteuerung von Dividenden von Unternehmen schlug die CCC unter anderem auch die Erhöhung der Abgabe für besonders umweltschädliche Autos sowie die Erhöhung der bestehenden Finanztransaktionssteuer vor. Die von der CCC beauftragte Denkfabrik I4CE schätzt die **Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen auf 6 Milliarden € pro Jahr**. Dabei müssten jeweils 11 Milliarden für die energetische Sanierung von Gebäuden und 2 Milliarden für die Entwicklung des Schienennetzes vorgesehen werden, während mit neuen Steuereinnahmen von bis zu 7 Milliarden aus der Besteuerung der Gewinne von Unternehmen, sowie der Luftfahrt- und der Automobilbranche zu rechnen ist³⁵. I4CE weist darauf hin, dass der Betrag von 6 Milliarden € pro Jahr in der Größenordnung anderer Haushaltsentscheidungen des Staates bleibt. Laut I4CE seien dies „angemessene“ Kostenbelastungen angesichts der Herausforderungen des Klimawandels, welche die potentiellen positiven wirtschaftlichen Nebeneffekte der Maßnahmen noch nicht berücksichtigen.

Am 29. Juni 2020 wurden die Mitglieder der CCC von Präsident Emmanuel Macron im Garten des Élysée-Palast empfangen und überreichten ihm dort die 149 verabschiedeten Maßnahmen. Im Rahmen dieses Treffens bekräftigte Emmanuel Macron, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen so schnell wie möglich umgesetzt werden sollen. **Emmanuel Macron nutzte drei mit der CCC im Voraus vereinbarte Joker, um drei der 149 vorgeschlagenen Maßnahmen abzulehnen**³⁶. Hierbei handelte es sich um die Vorschläge, die Unternehmen mit mehr als 10 Mio. € jährlichen Dividenden mit 4% zu besteuern, die Geschwindigkeit auf den Autobahnen auf 110 km/h zu reduzieren und die Präambel der Verfassung umzuändern.

Eine **Übersicht der vorgeschlagenen Maßnahmen sowie dessen Stand deren Umsetzung findet sich in Teil V.**

³⁰ France info 2019, "Aucun membre du gouvernement ne pilote" la Convention citoyenne, déclare Emmanuelle Wargon ([Link](#), auf Französisch)

³¹ ADEME 2019, La fiscalité carbone aux frontières et ses effets redistributifs ([Link](#), auf Französisch)

³² Convention citoyenne pour le climat 2020, Mieux prendre en compte les émissions de gaz à effet de serre liées aux importations dans les pollutions européennes ([Link](#), auf Französisch)

³³ Europäische Kommission 2020, Europäischer Grüner Deal (CO₂-Grenzausgleichssystem) ([Link](#) zur Website)

³⁴ Élysée 2020, Réponse du Président de la République aux membres de la convention citoyenne pour le climat ([Link](#), auf Französisch)

³⁵ I4CE 2020, Convention citoyenne : une ambition climat rehaussée, un coût raisonné ([Link](#), auf Französisch)

³⁶ Élysée 2020, Emmanuel Macron dit oui à 146 propositions de la Convention citoyenne pour le climat ! ([Link](#), auf Französisch)

IV. Ausblick

Mit der achten Sitzung der CCC vom 26. Bis 28. Februar 2021 endete das Bürgerbeteiligungsprojekt offiziell. Die praktische Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen in Gesetzestexte dauert weiterhin an und wird eng von der französischen Regierung, von verschiedenen Organisationen und Zeitungen sowie den Teilnehmenden der CCC mitverfolgt³⁷. Die Mitglieder der CCC haben zudem den Verein „Die 150“ (*Les 150*) gegründet, um den Fortschritt bei der Umsetzung der Maßnahmen zu begleiten und ihre gemachten Erfahrungen der Bürgerbeteiligung weiterzugeben. Einige Teilnehmende der CCC haben bei den Kommunalwahlen ihrer Gemeinde kandidiert, um die politische Arbeit fortzusetzen. Neben der aktuellen Verfolgung der Umsetzung der Maßnahmen wird es auch eine **langfristigere Evaluation der tatsächlichen Effekte der Maßnahmen bis 2030** geben. Der Großteil Teilnehmenden der CCC fand, dass dieses Format nützlich im Kampf gegen den Klimawandel war und sind mit dieser Bürgerbeteiligung am demokratischen Leben zufrieden.

Präsident Emmanuel Macron hatte sich bei der Vorstellung der Ergebnisse dazu verpflichtet, **die Vorschläge der CCC "ungefiltert" umzusetzen** - entweder durch ein Referendum, eine Abstimmung im Parlament oder eine direkte Regelanwendung. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt demnach durch verschiedene Regelungsinstrumente. Abbildung 3 gibt eine Übersicht über die Art der Umsetzung der Maßnahmen. Einige der Vorschläge der CCC waren bereits vollständig oder teilweise in existierenden Gesetzen oder Verordnungen angelegt, wie zum Beispiel im **Mobilitätsgesetz** (*Loi d'orientation des mobilités*) oder dem **Kreislaufwirtschaftsgesetz** (*Loi anti-gaspillage pour une économie circulaire*), welche fünf beziehungsweise 13 der Maßnahmen enthalten, die von der CCC vorgeschlagen wurden. Außerdem wurden einige Vorschläge, wie das Verbot von beheizten Terrassen oder die progressive Abschaltung von Ölheizungen in Sofortmaßnahmen umgesetzt. Jeweils 20 % der Vorschläge wurden durch das **Haushaltsgesetz für 2021** (*Loi de finances pour 2021*) sowie im Rahmen des **Corona-Konjunkturprogramms** (*Plan de Relance*) umgesetzt. Hierzu gehören eine Finanzierungshilfe für den Kauf sauberer LKW, eine Abänderung der Steuer auf Treibstoff für Personenluftverkehr, sowie eine Absenkung der Steuer auf Kfz-Versicherungsverträge für Elektrofahrzeuge. Die vorgeschlagene Reform der Verfassung soll einem Referendum unterzogen werden.

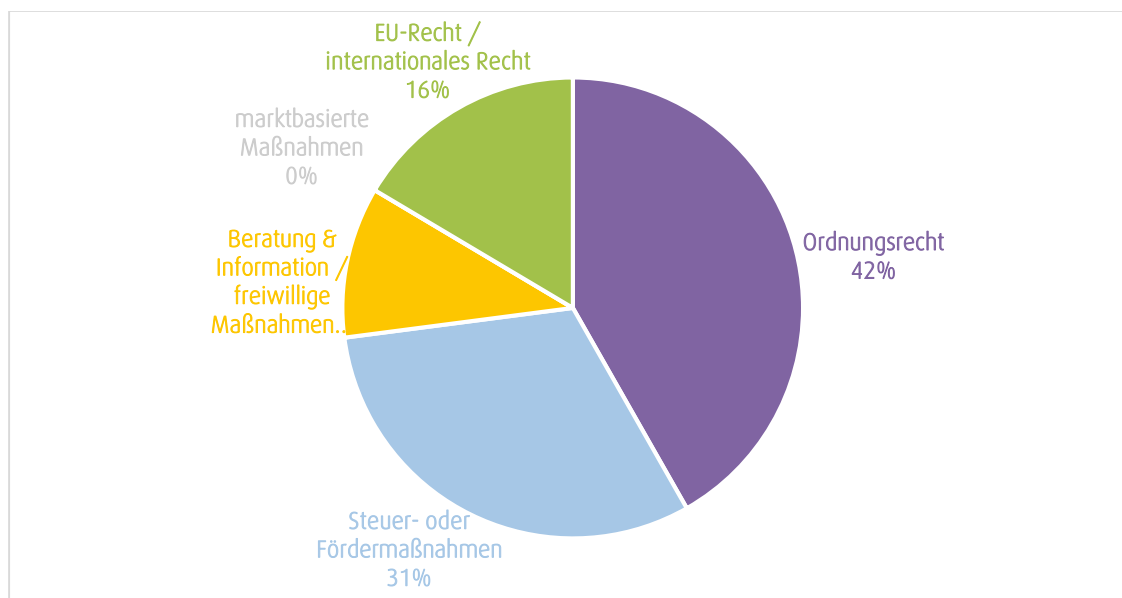


Abbildung 3: Die verschiedenen Arten der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen durch die französische Regierung. Darstellung: DFBEW

³⁷ Neben der französischen Regierung ([Link](#), auf Französisch) hat auch der Verein Les 150 ([Link](#), auf Französisch) sowie die Zeitungen Le Monde ([Link](#), auf Französisch) und Contexte Environnement ([Link](#), auf Französisch) eine Übersicht der Umsetzung der Maßnahmen, die regelmäßig aktualisiert wird.

Der größte Anteil der Maßnahmen wird im Klima- und Resilienzgesetz (*Loi climat et résilience*) umgesetzt. Dieser Gesetzentwurf spiegelt die von der CCC empfohlenen Maßnahmen legislativer Natur wider. Das Gesetz basiert ausschließlich auf der Arbeit der CCC und dient der Bekämpfung des Klimawandels sowie der Steigerung der Widerstandsfähigkeit gegenüber seinen Auswirkungen. Das Gesetz wurde am 10. Februar 2021 dem Regierungskabinett vorgelegt und ab März 2021 für drei Wochen in der Nationalversammlung beraten. Hierzu fanden 01. März bereits erste Anhörungen mit Umweltministerin Barbara Pompili, der Ministerin für das Wohnungswesen Emmanuelle Wargon sowie mit Wirtschaftsminister Bruno le Maire statt. Das Gesetz enthält 69 Artikel und folgt einem beschleunigten Gesetzgebungsprozess. Mit einer Verabschiedung wird bis Sommer 2021 gerechnet.

Die Umsetzung der Maßnahmen ist seit Veröffentlichung der Vorschläge durch die CCC von **Kontroversen und Kritik** geprägt. Da Macron angekündigt hatte, die Vorschläge „ungefiltert“ umzusetzen, wurde die Umsetzung mit großer Aufmerksamkeit von den Teilnehmenden der CCC und von der Öffentlichkeit verfolgt. Viele der Teilnehmenden der CCC haben das Gefühl, dass diese Verpflichtung nicht eingehalten wurde und die Umsetzung der Maßnahmen durch die Regierung ihre Arbeit verzerrt hat. Viele der Maßnahmen seien gar nicht oder nur in abgeschwächter oder abgewandelter Form umgesetzt worden. Neben der offiziellen Website³⁸ der Regierung, auf der die Maßnahmen und ihre Umsetzung präsentiert werden, haben auch der Verein *Les 150*³⁹ und die Zeitung *Le Monde*⁴⁰ eine Übersicht aller Maßnahmen erstellt, um ihre Umsetzung zu verfolgen und zu bewerten. Bezüglich der Frage, ob die einzelnen Maßnahmen als umgesetzt angesehen werden können, kommen die verschiedenen Akteure zu teils sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Neben den Teilnehmenden der CCC hat auch der von Präsident Macron eingesetzt Klimarat (*Haut Conseil pour le Climat*) die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen im Klima- und Resilienzgesetz kommentiert. In seiner Bewertung⁴¹ kritisierte der Klimarat das Gesetz in der eingebrachten Form als nicht ehrgeizig genug. **Insgesamt reichten die Maßnahmen nicht, um Frankreichs Verzug bei der Reduzierung von Emissionen aufzuholen.** Der Klimarat kritisierte unter anderem, dass kein umfassendes Werbeverbot für klimaschädliche Produkte ausgesprochen wurde. Außerdem sei das Verbot von Kurzstreckenflügen, wenn eine Zugalternative von unter 2,5 Stunden existiert viel zu niedrig, da es nur circa 10 % des nationalen Flugverkehrs betreffe. Ein Teil der Maßnahmen würde durch einen eingeschränkten Anwendungsbereich, längere Umsetzungszeiten oder mit der Anwendung verbundene Bedingungen in der Effizienz eingeschränkt. Der Anwendungsbereich anderer Maßnahmen sei zum jetzigen Zeitpunkt noch ungewiss, da er von den konkreten Durchführungserlassen abhängt.

Abgesehen von der gesetzlichen Umsetzung der Maßnahmen auf nationaler Ebene, bestehen mehrere Vorschläge der CCC darin, bestimmte **Maßnahmen auf europäischer oder internationaler Ebene anzustoßen.** Hierzu gehört die Anforderung, eine internationale Regulierung der Emissionen aus dem Seeverkehr anzugehen, sowie der Vorschlag, einen CO₂-Genzausgleichsmechanismus auf EU-Ebene einzuführen. Andere Vorschläge der CCC sollen nicht gesetzlich geregelt, sondern **durch Kommunikationskampagnen oder in Positionspapieren der Regierung umgesetzt werden, um Verhaltensänderungen zu bewirken.** Außerdem wurde eine Reform des CESE vorgeschlagen, welche Macron selbst schon in Aussicht gestellt hatte.

³⁸ MTE 2021, Suivi de la Convention citoyenne pour le climat ([Link](#) zur Website, auf Französisch)

³⁹ Les 150 2021, 149 mesures pour le climat ([Link](#) zur Website, auf Französisch)






⁴⁰ Le Monde 2021, Que sont devenues les propositions de la convention pour le climat, qu'Emmanuel Macron s'était engagé à reprendre « sans filtre » ? ([Link](#) zur Website, auf Französisch)





⁴¹ Haut Conseil pour le Climat 2020, Avis sur le projet de loi climat ([Link](#), auf Französisch)

V. Stand der Umsetzung der Maßnahmen

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der 150 Maßnahmen, die von der CCC vorgeschlagen wurden. Neben dem Votum der CCC zeigt die Tabelle auch auf, ob und wie die Maßnahmen von der französischen Regierung umgesetzt werden. Die Maßnahmen werden durch verschiedene Instrumente umgesetzt: Ordnungsrechtlich, als Steuer- oder Fördermaßnahmen, als freiwillige Maßnahmen, durch Beratung und Information oder auf europäischer oder internationaler Ebene. Ein großer Teil der Maßnahmen wird durch das sogenannte Klima- und Resilienzgesetz (*Loi climat et resilience*) umgesetzt. Der hier dargestellte Stand der Umsetzung der Maßnahmen entspricht dem vom April 2021. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Klima- und Resilienzgesetz noch in Lesung in der französischen Nationalversammlung. Einige der hier dargestellten Informationen könnten daher noch Änderungen unterliegen, bis das Gesetz formell verabschiedet wird. Die hier präsentierte Analyse der Umsetzung beruht auf einer Analyse des Gesamtbilds der Angaben der französischen Regierung⁴², des Vereins *Les 150*⁴³ und der Zeitung *Le Monde*⁴⁴. Solange der Umsetzungsprozess der Maßnahmen noch nicht abgeschlossen ist, werden auch diese Websites regelmäßig aktualisiert.

Legende

	vollständig umgesetzt		teilweise umgesetzt		nicht umgesetzt / abgelehnt		fraglich / an andere Instanz weitergeleitet		bereits existent
---	-----------------------	---	---------------------	---	-----------------------------	---	---	---	------------------

Nr.	Maßnahme	Votum CCC	Stand der Umsetzung	Art der Umsetzung
KONSUM	C1.1	98,80%		Art. 15 Kreislaufwirtschaftsgesetz (<i>Loi anti-gasipillage pour une économie circulaire</i>): Implementierung eines Umweltanzeigesystems, Art. 1 Klima- und Resilienzgesetz (<i>Loi climat et résilience</i>): Einführung eines CO2-Scores (nicht für alle Produkte verpflichtend)
	C1.2	98,80%		Art. 244 Haushaltsgesetz 2021 (<i>Loi de Finances 2021</i>): Veröffentlichungspflicht der THG-Emissionen für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeiter*innen
	C2.1	89,60%		Alternativ gewählte Maßnahme: Art. 4 und 5 Klima- und Resilienzgesetz: Werbeverbot für fossile Brennstoffe, Verhaltenskodex zur Reduzierung von klimaschädlichen Produkten
	C2.2	89,60%		Verwaltungsakt: Verbot von Leuchtreklame von 1 Uhr bis 6 Uhr morgens, Verbot von großen Außenschildern, EU-Ebene: Digital Services Act und Digital Market Act, Art. 46 Kreislaufwirtschaftsgesetz : Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung des "Stopp-Werbung"-Aufklebers, Art. 8 Klima- und Resilienzgesetz: Verbot von Werbeflugzeugen

⁴² MTE 2021, Suivi de la Convention citoyenne pour le climat ([Link](#) zur Website, auf Französisch)

⁴³ Les 150 2021, 149 mesures pour le climat ([Link](#) zur Website, auf Französisch)

⁴⁴ Le Monde 2021, Que sont devenues les propositions de la convention pour le climat, qu'Emmanuel Macron s'était engagé à reprendre « sans filtre » ? ([Link](#) zur Website, auf Französisch)

C2.3	Einführung von Verpackungs- und Warnhinweisen, die zu weniger Konsum anregen	89,60%	✘	Alternativ gewählte Maßnahme: Umsetzung durch Selbstverpflichtung der Wirtschaftsakteure
C3.1	Schrittweise Einführung einer Verpflichtung zum Verkauf von unverpackter Ware in allen Geschäften und Auferlegung eines Prozentsatzes für zentrale Einkaufsstellen hierzu	95,90%	✓	Art. 11 Klima- und Resilienzgesetz: 20 % der Verkaufsfläche für unverpackte Ware in Geschäften von über 400 m2 bis 2030
C3.2	Schrittweise Einführung eines Glaspfandsystems (waschbar und wiederverwendbar) bis zu einer allgemeinen Einführung im Jahr 2025	95,90%	✓	Art. 12 Klima- und Resilienzgesetz: Pfandpflicht für Glasverpackungen ab 2025 (Entscheidung im Jahr 2023 auf Grundlage einer Studie der französischen Umweltagentur ADEME)
C3.3	Förderung der Entwicklung von kompostierbaren biobasierten Verpackungen, um den Übergang zum Verbot von Einweg-Plastikverpackungen zu gewährleisten	95,90%	✓	Konjunkturprogramm France Relance : 80 Mio. € für die Bioabfallverwertung (Sammlung und Verwertung), Art. 233 Haushaltsgesetz 2021: Zukunftsinvestitionsprogramm Forschung zu Bioprodukten, Biotechnologien und nachhaltigen Kraftstoffen, Kreislaufwirtschaftsgesetz: Förderung biobasierter Produkte, Ökodesign
C3.4	Ersetzen der Müllabfuhrsteuer für Haushalte durch gerechtere Methoden, die ein umweltbewusstes Verhalten fördern	95,90%	✓	Art. 135 Haushaltsgesetz 2021: siebenjährige Experimentierphase für eine Anreizkomponente der Haushaltsabfallentsorgungssteuer, Konjunkturprogramm France Relance: über 500 Mio. € für Investitionen in Recycling, die Modernisierung von Sortierzentren und die Verbesserung der Abfallverwertung
C5.1	Änderung des Bildungsgesetzes zum Mainstreaming der Bildung für Umwelt und nachhaltige Entwicklung im französischen Schulmodell	97,90%	✓	Art. 2 Klima- und Resilienzgesetz: Änderung des Bildungsgesetzes, um Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einem der Aufträge der Schule zu machen
C5.2	Lehrplan zur Thematik „Umwelt und nachhaltiger Entwicklung“ stärken, indem sie zu einer Querschnittsaufgabe für Lehrer wird	97,90%	✘	Alternativ gewählte Maßnahme: Art. 3 Klima- und Resilienzgesetz: Erweiterung der Aufgaben des Ausschusses für staatsbürgerliche und gesundheitliche Erziehung um den Aspekt nachhaltige Entwicklung
C5.3	Sensibilisierung der gesamten französischen Bevölkerung, indem das Verständnis für den Klimanotstand mit Handlungen verknüpft wird, u. a. durch Ausstrahlung von bewussteinfördernden Video-spots, die zum Handeln aufrufen, Förderung des Ehrenamtspasses oder eine verpflichtende Weiterbildung für Personen die mit der Formulierung und Umsetzung von Umweltpolitik betraut sind.	97,90%	✓	Kommunikations- und Sensibilisierungskampagnen für die breite Öffentlichkeit, Arbeitsgruppe zur Berücksichtigung der ökologischen Wende in der Hochschulbildung
C6.1	Effektivere und engere Überwachung und Sanktionierung von Verstößen gegen Umweltvorschriften	95,90%	✓	Art. 15 Gesetz über die europäische Staatsanwaltschaft, Umwelt- und Strafjustiz (<i>Loi relative au Parquet européen, à la justice environnementale et à la justice pénale spécialisée</i>): Einsatz eines spezialisierten Gerichts zur Beurteilung von Umweltdelikten und gerichtliche Vereinbarungen öffentlicher Interessen in Umweltangelegenheit, Einführung Straftatbestand "Ökozid": Die Schädigung der physischen Umwelt, die voraussichtlich länger als zehn Jahre andauern, Art. 67 Klima- und Resilienzgesetz: Bestrafung von rechtswidrigem Verhalten, das eine unmittelbare Gefahr für Fauna,

PRODUZIEREN UND ARBEITEN					Flora oder Wasserqualität darstellen und zu schweren und dauerhaften Schäden führen. Art. 68 Klima- und Resilienzgesetz: Ausweitung/Erweiterung der derzeitigen Straftat der Wasserverschmutzung zu einer allgemeinen Straftat der Wasser- und Luftverschmutzung, Art. 69 Klima- und Resilienzgesetz: die Umweltverschmutzungsstrafat kann zu einer Strafe zur Wiederherstellung der natürlichen Umwelt führen.
	C6.2	Stärkung und Zentralisierung der Bewertung und Überwachung der öffentlichen Umweltpolitik	95,90%	✘	Alternativ gewählte Maßnahme: Stärkung des Hohen Klimarates (<i>Haut Conseil pour le Climat</i> , HCC) mit vier zusätzlichen Experten
	PT1.1	Ökodesign: Erhöhung der Produktlebensdauer und Reduzierung der Umweltverschmutzung	97,20%	✓	Art. 7 Kreislaufwirtschaftsgesetz: Reduzierung der Verpackungen (Rechtsanwendungsverordnungsprojekt: 3R), Art. 12-29: Verbesserung der Verbraucherinformation, Art. 62: Bonus für Produkte mit wiederverwerteten Materialien. Art. 10 Klima- und Resilienzgesetz: Probenverteilung reduzieren. Konjunkturprogramm France Relance: 140 Mio.€ für die Unterstützung der Investitionen zur Verwendung wiederverwerteter Materialien. DIAG ECO FLUX Mechanismus (Suffizienz von Firmen)
	PT1.2	Effektivere Durchsetzung des Gesetzes über das Verbot des geplanten Verschleißes	97,20%	✓	Art. 16 und 19 Kreislaufwirtschaftsgesetz: Produktreparaturindex und Verpflichtung zum Angebot von Ersatzteilen. Konjunkturprogramm France Relance: 21 Mio. € für Wiederverwendung und Reparatur.
	PT1.3	Die Reparatur von in Frankreich verkauften Produkten zur Pflicht machen (1), 15-Jahres-Verfügbarkeit der Originalersatzteile (2), Zugänglichkeit und Nähe der Kundendienste und Reparaturlösungen (3)	97,20%	✓	Art. 19 Kreislaufwirtschaftsgesetz: Bereitstellung von Ersatzteilen für bestimmte Produkte (kleine Computer- und Telekommunikationsgeräte). Art. 13 Klima- und Resilienzgesetz: Bereitstellung von Ersatzteilen für bestimmte Produkte (motorisierte Heimwerkerartikel, Fahrräder...)
	PT1.4	Verpflichtende Wiederverwertung aller Kunststoffgegenstände und Einwegplastik-Verbot ab 2023, sowie Entwicklung der Wiederverwendung anderer Materialien	97,20%	✓	Art. 3 Kreislaufwirtschaftsgesetz: Verpflichtender Aufdruck des Recycling-Logos "Triman" und Recycling-Anweisungen auf den Verpackungen, Art. 5: 100% recyceltes Plastik ab 2025 (Rechtsanwendungsverordnungsprojekt: 3R), Art. 62: Erweiterung der REP-Kategorie (erweiterte Herstellerverantwortung), Art. 77: Verbot von Plastikverpackungen für Obst und Gemüse ab 2022. Konjunkturprogramm France Relance: 500 Mio. € für die Kreislaufwirtschaft (Modernisierung von Müllsortierungszentren)
	PT1.5	Verschärfung und Durchsetzung des Abfallrechts	97,20%	✓	Titel V Kreislaufwirtschaftsgesetz: Kampf gegen illegale Deponien (Art.8 Rechtsanwendungsverordnung n°2020-1573: Verschärfung der Geldstrafen), Art. 35: Verbot der Vernichtung von unverkaufen Waren (Rechtsverordnung n°2020-1724), Art. 126: Verschärfung der Kontrollen und Sanktionen für die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen, Art. 127: Veröffentlichung eines Berichts über exportierte Abfälle.
	PT2.1	Bis 2025 muss jegliche Innovationsfinanzierung eine Logik der Abkehr von einem kohlenstoffbasierten Modell verfolgen	98,60%	✓	Art. 14 Klima- und Resilienzgesetz: Notwendige Übereinstimmung zwischen der französischen Dekarbonisierungsstrategie (<i>Stratégie nationale bas carbone</i> , SNBC) und der französischen Forschungsstrategie (<i>Stratégie nationale de recherche</i> , SNR)

PT3.1	Regulierung der Verwendung von Ersparnissen der französischen Depositenkasse (CDC) und der Banken, um grüne Investitionen zu finanzieren. Entwicklung der Governance der CDC zur Unterstützung dieser Logik.	95,10%	✓	100 Mrd € der regulierten Ersparnisse der CDC finanzieren bereits den ökologischen Wandel. Die Bank muss 10 % der nicht-zentralisierten und regulierten Ersparnisse für die Finanzierung des ökologischen Wandels verwenden. Artikel 145 des Gesetzes über das Wachstum und den Wandel von Unternehmen (Loi PACTE) : Erweiterung der Ausrichtung der CDC "auf die Finanzierung von Projekten, die zur Energiewende oder zur Reduzierung des Klima-Fußabdrucks beitragen".
PT3.2	Beteiligung an Finanzierungsanstrengungen in Höhe von 4% für Unternehmen, die jährlich mehr als 10 Mio. € an Dividenden ausschütten, und 2% für Unternehmen, die 10 Mio. € oder weniger an Dividenden ausschütten.	95,1 %	✗	Ablehnung von Emmanuel Macron (einer der drei vereinbarten Joker)
PT3.3	Einführung von Finanzierungsvereinbarungen per Gesetz oder Dekret mit einem staatlichen Darlehen zur Finanzierung der Umwandlung von Unternehmen	95,10%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 1,2 Mrd. € für die Dekarbonisierung der Industrie. Die öffentliche Investitionsbank (Bpifrance): 2,5 Mrd. € in Form von Direktfinanzierung zur Unterstützung und Finanzierung der Energiewende und des ökologischen Wandels der Unternehmen.
PT4.1	Begleitung der Beschäftigten und Unternehmen beim Strukturwandel	98,60%	✓	Zukünftige Zusammenfassung und Empfehlungen von France Stratégie über die Entwicklung und Umstellung der Berufe und Arbeitseinzugsgebiete. Konjunkturprogramm France Relance: 900 Mio. € für die Berufsausbildung. Seit 2018: 107 Verträge zur Förderung des ökologischen Wandels (<i>Contrats de transition écologique</i> , CTE)
PT4.2	Einführung einer neuen Governance des Wandels von Arbeitsplätzen und Qualifikationen auf nationaler und regionaler Ebene	98,60%	✓	Art. 16 Klima- und Resilienzgesetz: Berücksichtigung der Umweltauswirkungen der Unternehmenstätigkeiten durch den Sozial- und Wirtschaftsausschuss (<i>comité social et économique</i> , CSE), Art. 17: Ernennung von 2 fähigen Vertretern im Bereich des ökologischen Wandels in das Regionalkomitee für Arbeit, Bildung und Berufsberatung (<i>Comité régional de l'emploi, de la formation et de l'orientation professionnelles</i> CREFOP), Art. 18: Information und Unterstützung der mittelständischen Betriebe durch die Einrichtung der sog. Kompetenzoperatoren (<i>opérateurs de compétences</i> , OPCO), die mittelständischen Betrieben bei der Ausbildung und Schulung helfen
PT5.1	Die wöchentliche Arbeitszeit von 35 auf 28 Stunden reduzieren	✗		Ablehnung durch die Teilnehmenden der CCC bei der finalen Abstimmung der Maßnahmen
PT6.1	Jährliche Berichterstattung und Erweiterung auf alle Organisationen mit Scope 3-Emissionen, Strafe für Nichterfüllung in % des Umsatzes	95,20%	✓	Art. 244 Haushaltsgesetz 2021: Bericht über die THG-Emissionen für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern, die Kredite aus dem Konjunkturprogramm erhalten. Einbeziehung der indirekten Emissionen. Änderung der Richtlinie UE/2014/95 auf der EU-Ebene: Erweiterung des Scope-3-Berichts auf alle Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern.
PT6.2	Erweiterung des Umfangs der Berichterstattung auf den Finanzsektor - Verschärfung der Berichtspflichten auf den Finanzsektor	95,20%	✓	Art. 173 Energiewendegesetz (Loi relative à la transition énergétique pour la croissance verte) : Offenlegung der Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien bei öffentlichen Anlegern. Art. 29 Energie- und Klimagesetz (Loi relative à

				<i>l'énergie et au climat</i>) Verpflichtung zur Offenlegung der Betrachtung von Risiken für die Biodiversität und erweiterte Verpflichtung auf andere Akteure (Rechtsverordnung: April 2021, EU-Verordnung UE/2019/2088). Art. 8 EU-Verordnung UE/2020/852 : Transparenz in nichtfinanziellen Erklärungen bei Unternehmen.
PT6.3	Bonus für Unternehmen mit positiver Entwicklung - Öffentliche Zuschüsse von positiven Veränderungen der THG-Bilanz abhängig machen	95,20%	✓	Art. 29 Klima- und Resilienzgesetz: Gestaltung der Fahrpreise zur Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle des privaten PKWs. Art. 21 des 3. Änderungsfinanzgesetzes (loi n° 2020-935 du 30 juillet 2020 de finances rectificative pour 2020) und Art. 10 des 4. Änderungsfinanzgesetzes 2020 (<i>Loi de finances rectificative 2020</i>): 3 Milliarden € für die Behörden, die die Mobilität organisieren, um ihr Engagement für moderate Fahrpreise zum Wohle der täglichen Bahnnutzer beizubehalten oder zu erhöhen.
PT7.1	Stärkung der Umweltklauseln im öffentlichen Beschaffungswesen	98%	✓	Art.15 Klima- und Resilienzgesetz: Berücksichtigung in öffentlichen Ausschreibungen. Neuer Nationaler Aktionsplan für nachhaltigen öffentliche Beschaffung (<i>Plan national d'action pour les achats publics durables</i> , PNAAPD). Überarbeitung der allgemeinen Verwaltungsklausel
PT8.1	Schutz von Ökosystem und Biodiversität	94,40%	✓	Art. 19 Klima- und Resilienzgesetz: Bekräftigung der Wassergesetz-Bestimmungen im Umweltgesetzbuch, Art. 20: Bessere Überwachung der Bergbauarbeiten und deren Beendigung, Art. 21: Ermächtigung zur Reform des Bergbaugesetzes
PT9.1	Einführung eines CO2-Ausgleichssystems an den EU-Grenzen und Berücksichtigung von Umverteilungsfragen, um die benachteiligten Haushalte nicht zu belasten.	97,70%	?	Aktive Unterstützung Frankreichs für die Einführung eines CO2-Ausgleichssystems an den EU-Grenzen. Ein Gesetzesvorschlag wird von der Kommission bis Juni 2021 erarbeitet.
PT11.1	Verbesserung der territorialen und regionalen Regierungsführung	96,50%	✓	Art. 22 Klima- und Resilienzgesetz: Implementierung regionaler Ziele nach der Vorlage der französischen mehrjährigen Programmplanung für den Energiebereich (<i>Programmation pluriannuelle de l'énergie</i> , PPE)
PT11.2	Beteiligung von Bürgern, lokalen Unternehmen, lokalen Verbänden und Gebietskörperschaften an Projekte für erneuerbare Energie	96,50%	✓	Art. 23 Klima- und Resilienzgesetz: Entwicklung erneuerbarer Energiegemeinschaften und Bürgerenergiegemeinschaften
PT11.3	Entwicklung des Eigenverbrauchs	96,50%	✓	Art. 24 Klima- und Resilienzgesetz: Erneuerbare Energien-Anlagen oder Gründächer auf Gewerbeflächen und Lagerhallen von mindestens 500 m² (heute: 1000m²) ab 1.Juni 2024
PT12.1	Unterstützung der Entwicklung digitaler Technologie zur Reduzierung ihrer Umweltauswirkungen	96,50%	✓	Roadmap "Digitalisierung und Umwelt" (<i>feuille de route numérique et environnement</i> , März 2021): Erarbeitung einer Methodik zur Quantifizierung des digitalen Fußabdrucks auf die Umwelt, Unterstützung der digitalen Unternehmen bei der Einführung der Öko-Konzeption. Art. 27-1 Kreislaufwirtschaftsgesetz: Verpflichtung zur Information des Verbrauchers über Software-Updates, Art. 19: Bereitstellung von Ersatzteilen für bestimmte Produkte, Art.62: Einführung eines Fonds für die
PT12.2 (ex C4.1)	Systematisierung von Ökolabels auf allen digitalen Geräten	96,50%	✓	
PT12.3 (ex C4.2)	Förderung von Informationen und Aufklärung über digitale Suffizienz	96,50%	✓	

	PT12.4 (ex C4.3)	Zugänglichkeit der Klimaneutralitätsverpflichtungen der digitalen Akteure für Verbraucher	98%	✓	Reparatur von elektrischen und elektronischen Produkten, Art. 22: Erweiterung der gesetzlichen Konformitätsgarantie bis 6 Monate. Art. 16: Einführung eines Produktreparaturindex. Art. 13: Verbraucherinformationen zum Datenverbrauch (in THG-Äquivalenten). Art. 167 Haushaltsgesetz 2021: Ökokonzeption von Datacentern. Art. 2 Klima- und Resilienzgesetz: Änderung des Bildungsgesetzes, um Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einem der Aufträge der Schule zu machen.
FORTBEWEGUN	SD-A1.1	Förderung der Nutzung umweltschonender oder gemeinsam genutzter Verkehrsmittel, insbesondere für Fahrten zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz, durch Ausweitung und Verbesserung des nachhaltigen Mobilitätspakets, wie es im Gesetz über Mobilitätsrichtlinien vorgesehen ist.	96,40%	✓	Das im Dezember 2019 im Mobilitätsorientierungsgesetz (Loi d'orientation des mobilités) eingeführte "nachhaltige Mobilitätspaket" wurde auf Wunsch des CCC um mehrere Verordnungen ergänzt, indem die betroffene Öffentlichkeit erweitert wurde; Art. 57 Haushaltsgesetz 2021: Erhöhung der Befreiung von Beiträgen und Sozialversicherungsabgabe des nachhaltigen Mobilitätspakets von 400 auf 500 €. Diese Maßnahme bleibt aber freiwillig.
	SD-A1.2	Reduzierung der Anreize zum Autofahren durch eine Reform der einkommensteuerlichen Kilometerpauschale	96,40%	?	Zukünftige Einführung eines Barometers für Elektrofahrzeuge im Kilometerpauschalensystem (noch keine Maßnahme ergriffen)
	SD-A1.3	Förderung der Nutzung umweltschonender oder gemeinsam genutzter Verkehrsmittel	96,40%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 200 Mio. € für die Entwicklung des Radfahrens. Verlängerung des Programms " <i>Coup de pouce vélo</i> " bis Ende März 2021.
	SD-A2.1	Schaffung von P+R-Anlagen	98,40%	✓	Art. 26: Klima- und Resilienzgesetz: Mobilitätspläne definieren den Bedarf an Parkplätzen in Bezug auf das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln, und Zuständigkeit der Bürgermeister für die Reservierung von Parkplätzen für die Benutzer des öffentlichen Verkehrs. Konjunkturprogramm France Relance: 550 Mio. €, um die Modernisierung der nationalen Verkehrsinfrastruktur zu beschleunigen.
	SD-A2.2	Verbannung der Fahrzeuge mit den höchsten THG-Emissionen aus den Stadtzentren	98,60%	✓	Art. 27 Klima- und Resilienzgesetz: Bis Ende 2024, verpflichtende Einführung von "Zonen mit emissionsarmer Mobilität (<i>Zones Faibles Emissions-mobilités</i> , ZFE-m) in Ballungsräumen mit mehr als 150 000 Einwohnern.
	SD-A2.3	Erhöhung der Beträge des Fahrradfonds von 50 auf 200 Mio. € pro Jahr zur Finanzierung von Radwegen	98,60%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: bis zu 200 Mio. € für den Zeitraum 2021-2022 für den Fahrradfonds. Lokaler Investitionsförderungszuschuss (Donation de soutien à l'investissement local, DSIL) : 1 Mrd. €, die u. a. für die Unterstützung von Radverkehrsprogrammen vorgesehen sind. <i>React EU-Plan</i> (im Gespräch): 175 Mio. € für die Entwicklung des Radverkehrs im Rahmen des EU-Regionalfonds.
	SD-A2.4	Generalisierung des Baus von Sonderfahrspuren für gemeinsam genutzte Fahrzeuge und öffentlichen Verkehrsmittel auf Autobahnen und Schnellstraßen	98,60%	✓	Art. 28 Klima- und Resilienzgesetz: Reservierung eines Teils der öffentlichen Straße für den öffentlichen Verkehr, Fahrgemeinschaften und schadstoffarme Fahrzeuge, wenn die Autobahnen oder Schnellstraßen zu Zonen mit emissionsarmer Mobilität (<i>Zones Faibles Emissions-mobilités</i> , ZFE-m) führen. Konjunkturprogramm France Relance: 50

				Mio. € für die Einrichtung von Sonderspuren und "emissionsarme Zonen-Mobilität". Priorität 4 Mobilitätsorientierungsgesetz: Schaffung von speziellen Fahrgemeinschaftsspuren auf Hauptverkehrsstraßen in der Nähe von Ballungsräumen.
SD-A3.1	Reduzierung der maximalen Geschwindigkeit auf Autobahnen von 130km/h auf 110km/h.	59,7 %	✘	Ablehnung von Emmanuel Macron (einer der drei vereinbarten Joker)
SD-A4.1	Senkung der Mehrwertsteuer auf Zugfahrkarten von 10% auf 5.5%	95,90%	?	Art. 29 Klima- und Resilienzgesetz: Einführung von Fahrpreisen zur Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle des privaten PKWs; Art. 21 3. Änderungsfinanzgesetz 2020 und Art. 10 4. Finanzänderungsgesetz 2020: 3Mrd. € für die regionalen Mobilitätsbehörden und ihr Engagement für moderate Fahrpreise zum Wohle der täglichen Bahnnutzer
SD-A4.2	Allgemeine Anwendung der von einigen Regionen bereits praktizierten attraktiven Tarifmaßnahmen	95,90%	✓	Art. 29 Klima- und Resilienzgesetz: Einführung von Fahrpreisen zur Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle des privaten PKWs.
SD-A4.3	Entwicklung eines massiven Investitionsplans zur Modernisierung der Infrastruktur, des Rollmaterials und der Bahnhöfe, um sie in multimodale Knotenpunkte umzuwandeln	95,90%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 4.7 Mrd. € Investitionen im Bahnbereich, 1Mrd. € für den öffentlichen Verkehr. Haushaltsgesetz 2021: 170 Mio. € pro Jahr für Bahnfracht
SD-B1.1	Entwicklung von See- und Flussfrachtabbahnen auf bestimmten Strecken	97,30%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 175 Mio. € für die Regeneration des Flussnetzes, Arbeiten an Schleusen, die Fernsteuerung von Wasserfassungen und Pumpstationen und die Sanierung veralteter Dämme. 200 Mio. € für die umweltfreundliche Gestaltung von Häfen.
SD-B1.2	Verpflichtende und regelmäßige Überwachung der Ausbildung von Fahrern zu umweltbewusster Fahrweise	97,30%	✓	Art. 31 Klima- und Resilienzgesetz: Einführung einer Ausbildungskomponente für eine umweltbewussten Fahrweise in der Pflichtausbildung von LKW-Fahrern
SD-B1.3	Verpflichtung für alle Hersteller von LKWs, in ihrer Forschung und Entwicklung denselben Energiepfad zu verfolgen, nämlich Wasserstoff, da dieser voraussichtlich Fortschritte bei den Emissionen bringt, aber koordinierte Investitionen erfordert	97,30%	✓	Nationale Wasserstoffstrategie 7 Mrd. € für die Entwicklung eines dekarbonisierten Wasserstoffs, davon 2 Mrd. € im Konjunkturprogramm France Relance. Auch im Konjunkturprogramm France Relance: 100 Mio. € für die Entwicklung von emissionsarmen LKW.
SD-B1.4	Schrittweiser Ausstieg der Steuervergünstigungen für Dieseldieselkraftstoff als Gegenleistung für eine starke Kompensation für Spediteure in Form von Finanzhilfen für den Kauf neuer, umweltfreundlicherer LKW, als Ersatz für umweltschädliche LKW.	97,30%	✓	Art. 30 Klima- und Resilienzgesetz: Ab 2023, schrittweise Reduzierung der Steuervergünstigung für beruflich genutzten Dieseldieselkraftstoff, mit dem Ziel einer Abschaffung ab 2030. Art. 142 Haushaltsgesetz 2021: Verlängerung der Überamortisation für Fahrzeuge von mehr als 2,6 Tonnen, die umweltfreundliche Energien nutzen. Auf europäischer Ebene unterstützt Frankreich die Überarbeitung der Energierichtlinie.
SD-B1.5	Anreize durch gesetzliche und steuerliche Verpflichtungen zur teilweisen Verlagerung des Gütertransports auf andere, weniger emittierende Gütertransportmittel schaffen	97,30%	✓	Art. 32 Klima- und Resilienzgesetz: Gebietserweiterung der im Elsass inkraftgetretenen Maßnahme über eine LKW-Maut, die im Transit auf ihrem Gebiet sind
SD-B1.6	Verpflichtungen für Verlader, Umweltklauseln in ihre Verträge aufzunehmen.	97,30%	✓	Art. 33 Klima- und Resilienzgesetz: Verpflichtete Berücksichtigung der direkten und indirekten THG-

				Emissionen aus Transportaktivitäten für Unternehmen, die extra-finanziellen Leistungserklärungen unterliegen und Einführung eines Aktionsplans zur Reduzierung dieser Emissionen. Veröffentlichung eines nationalen Berichts der Aktionspläne von Unternehmen zur Reduzierung der direkten und indirekten THG-Emissionen aus Transportaktivitäten
SD-B1.7	Förderung von kurzen, lokalen Strecken des Warentransports durch Anpassung der Mehrwertsteuer.	97,30%	✘	Alternativ gewählte Maßnahme: Die Anpassung der Mehrwertsteuer ist europarechtswidrig. Konjunkturprogramm France Relance: Verschiedene Investitionen im Bereich der kurzen und lokalen Strecken.
SD-B2.1	Verbot der Nutzung von umweltschädlichen Motoren bei Aufenthalten in Häfen und an Anlegestellen	95,90%	?	Konjunkturprogramm France Relance: 200 Mio. € für die umweltfreundliche Gestaltung von Häfen. Art. 7 Richtlinie (EU) 2016/802 des europäischen Parlaments und des Rates über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe: Verbot von emissionschweren Schiffskraftstoffen, für Schiffe, die sich mehr als zwei Stunden am Liegeplatz aufhalten.
SD-B2.2	Bereitstellung einer Stromversorgung von Schiffen im Hafen, um die durch den Einsatz von Verbrennungsmotoren verursachten Emissionen zu verringern	95,90%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 175 Mio. € für den ökologischen Wandel von Häfen. Art. 66 Haushaltsgesetz 2021: Einführung von Vorzugspreisen bei der inländischen Steuer auf Endstromverbrauch (TICFE) für Strom, der direkt an Fischereifahrzeuge, Handelsschiffe oder für den Bedarf von Behörden sowie an Wasserfahrzeuge für die Binnenschifffahrt geliefert wird, wenn diese in Häfen liegen.
SD-B2.3	Handeln nach internationalen Vorschriften zur Kontrolle der Treibhausgasemissionen von Schiffen	95,90%	?	Innerhalb der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) ist Frankreich ein Gründungsmitglied der "Shipping High Ambition Coalition", einer Koalition der 15 ambitioniertesten Staaten in diesem Bereich. Französische Führung der Gruppenstaaten zur Erarbeitung eines Kompromissdokuments über die Reduzierung der THG-Emissionen im Seeschifffahrtsbereich.
SD-C1.1	Erhöhung des Bonus für schadstoffarme Fahrzeuge, um deren Anschaffung für Haushalte und Gewerbetreibende anzureizen	86,60%	✘	Alternativ gewählte Maßnahme: Konjunkturprogramm France Relance: 2 Mrd. € für die umweltfreundliche Gestaltung des Autosektors. Erhöhung des Bonus für Kauf von Elektrofahrzeugen bis 2022. Nach 2022 wird dieser Bonus begrenzt.
SD-C1.2	Strikte Verschärfung der Strafe für umweltverschmutzende Fahrzeuge und Einführung des Gewichts als eines der zu berücksichtigenden Kriterien	86,60%	✓	Art. 55 Haushaltsgesetz 2021: Verstärkung des CO2-Malus für weitere 3 Jahre, Art. 171: Ab 2022, Einführung eines auf dem Gewicht der Fahrzeuge basierten Malus.
SD-C1.3	Verbot des Inverkehrbringens von Neufahrzeugen mit hohen Emissionen ab 2025; alte Fahrzeuge dürfen weiterhin verwendet werden.	86,60%	?	Art. 25 Klima- und Resilienzgesetz: Ab 2030, Verkaufsstopp für Fahrzeuge, die mehr als 95g CO2 NEFZ (Neuer Europäischer Fahrzyklus) ausstoßen, mit Ausnahme bestimmter Fahrzeuge, was momentan nicht mit dem EU-Recht kompatibel ist. Diese Maßnahme soll auf EU-Ebene diskutiert werden.
SD-C1.4	Änderung der Steuern auf Versicherungspolice entsprechend der CO2-	86,60%	✓	Art. 153 Haushaltsgesetz 2021: Befreiung der Steuer auf Versicherungsverträge (TSCA) für

	Emissionen des betreffenden Fahrzeugs, um saubere Fahrzeuge zu fördern			Elektrofahrzeuge, die ab dem 1. Januar 2021 zugelassen werden
SD-C1.5	Ermöglichung des Zugangs zu sauberen Fahrzeugen durch die Entwicklung eines langfristigen Leasings	86,60%	✓	Art. 55 Haushaltsgesetz 2021: Das langfristige Leasing profitiert bereits von günstigen Maßnahmen.
SD-C1.6	Angebote von zinslosen Darlehen mit staatlicher Garantie für den Kauf eines emissionsarmen (d.h. leichten und nicht zu teuren) Fahrzeugs	86,60%	✗	Alternativ gewählte Maßnahme: Konjunkturprogramm France Relance: Im Rahmen der umweltfreundlicheren Gestaltung des französischen Fahrzeugparks, 30 Mio.€ für die Einführung eines staatlich garantierten Mikrokredits für die Haushalte, die keinen Zugang zu traditionellen Krediten haben
SD-C1.7	Einführung von grünen Aufklebern auf den Nummernschildern der saubersten Fahrzeuge und Gewährung besonderer Leistungen: Zugang zum Stadtzentrum, Parkplätze usw.	86,60%	✓	Rechtsverordnung n°2016-858 vom 29. Juni 2016 über die Einführung von Luftqualitätszertifikaten (Crit'Air Vignette). Art. 85 Mobilitätsorientierungsgesetz: Für die öffentlichen Anstalten für interkommunale Zusammenarbeit (<i>Établissement public de coopération intercommunale</i> , EPCI) mit mehr als 100 000 Einwohnern, oder für die, die von einem atmosphärischen Schutzplan (<i>Plan de protection de l'atmosphère</i> , PPA) betroffen sind, verpflichteter Aktionsplan für die mögliche Einführung von Zonen mit emissionsarmer Mobilität (<i>Zones Faibles Emissions-mobilités</i> , ZFE-m).
SD-C1.8	Bereitstellung von Schulungen für Werkstätten und im weiteren Sinne für den Mineralölbereich, um die allmähliche Umstellung des Fuhrparks auf neue Motoren, Kraftstoffe und Systeme zu begleiten	86,60%	✗	Alternativ gewählte Maßnahme: Verweis auf bereits existierende Schulungsmaßnahmen in der Automobildienstleistungsbranche
SD-D1.1	Verstärkte Anwendung von Mobilitätsplänen, indem diese allen Unternehmen und lokalen Behörden verbindlich vorgeschrieben werden	89,90%	✓	Laufende Konsultation mit den Sozialpartnern und Gebietskörperschaften
SD-D1.2	Unterstützung der Unternehmen durch Mobilitätsorganisationsbehörden (AOM) bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Mobilitätspläne	89,90%	✓	Art. 8 Mobilitätsorientierungsgesetz: Mobilitätsberatung für Arbeitgeber ist Teil des Zuständigkeitsbereichs der Mobilitätsorganisationsbehörden
SD-D1.3	Förderung von betriebsübergreifenden und innerbetrieblichen Plänen (Fahrergemeinschaften, Abholung der Mitarbeiter mit Bus, Fahrrad usw.) im Rahmen der Mobilitätspläne	89,90%	✓	Betriebsübergreifende Mobilitätspläne sind im Rahmen der Ausschreibung von France Mobilités als "Territorien der neuen nachhaltigen Mobilität" förderfähig
SD-D1.4	Förderung neuer Formen der Arbeitsorganisation wie z.B. das Homeoffice oder die Vier-Tage-Woche	89,90%	✓	Am 26. November 2020, Abschluss eines nationalen branchenübergreifenden Abkommens zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über Homeoffice
SD-D2.1	Einrichtung eines zentralen Portals, das es ermöglicht, jederzeit schnell und einfach zu wissen, welche Verkehrsmittel und -systeme es in einem bestimmten Gebiet zur Mobilität gibt	95,80%	✓	Art. 25 Mobilitätsorientierungsgesetz (Rechtsanwendungsverordnung n°2020-1721): Verpflichtete Öffnung von Daten und Bereitstellung eines Informationsdienstes für Benutzer über alle in einem bestimmten Gebiet verfügbaren Verkehrsträger. Einrichtung von der Regierung eines Portals zur Zentralisierung von Mobilitätsdaten
SD-D2.2	Anstoßen eines Projektes zur Vereinheitlichung der Fahrscheine oder Entwicklung einer multimodalen Karte	95,80%	?	Art. 28 Mobilitätsorientierungsgesetz: Einführung eines rechtlichen Rahmens für die Umsetzung digitaler multimodaler Dienste

WOHNEN	SD-D3.1	Integration der Bürger in die Mobilitätsorganisationsbehörden (AOM) auf allen Ebenen	96,60%	✓	Art. 34 Klima- und Resilienzgesetz: Einbeziehung von gelosten Bürgern in die durch das Mobilitätsorientierungsgesetz eingerichteten Partnergeräten
	SD-E1	Verabschiedung eines erhöhten Öko-Beitrags pro Kilometer im Luftverkehr	88,10%	?	Art. 35 Klima- und Resilienzgesetz: Ab 2025 ist das Ziel, dass der Luftverkehr einen ausreichenden Kohlenstoffpreis zahlen sollte. Juli 2019: Erhöhung der Solidaritätsteuer auf Flugkarte zur Finanzierung der Mobilitätsinfrastruktur. Im Rahmen des Green Deals hat die EU-Kommission das Ende der kostenlosen Vergabe von Emissionszertifikaten für die Fluggesellschaften vorgeschlagen.
	SD-E2	Schrittweise Einstellung des Flugverkehrs auf Inlandsflügen bis 2025 auf jenen Strecken, für die es eine preislich und zeitlich befriedigende, CO2-arme Alternative gibt (bei einer Reisedauer von weniger als 4 Stunden)	88,10%	✓	Art. 36 Klima- und Resilienzgesetz: Verbot des Betriebs von Flugdiensten auf Strecken innerhalb des nationalen Territoriums, sobald eine alternative Zugverbindung von weniger als 2,5 Stunden verfügbar ist. Anpassungen werden in einem Dekret des Conseil d'Etat vorgesehen (Schriftverkehr, emissionsarmer Flugverkehr), die Maßnahme betrifft in dieser Fassung fünf Flugverbindungen und 0,5% der Emissionen aus dem Luftverkehr in Frankreich (Le Monde 2021, Que sont devenues les propositions de la convention pour le climat, qu'Emmanuel Macron s'était engagé à reprendre « sans filtre » ?)
	SD-E3	Verbot des Baus neuer Flughäfen und des Ausbaus bestehender Flughäfen	88,10%	✓	Art. 37 Klima- und Resilienzgesetz: Kontrolle der Entwicklung von Flughafenkapazitäten, um sie mit Zielen im Kampf gegen den Klimawandel kompatibel zu machen. Möglichkeit von Anpassungen und Einstellungen in bestimmten Fällen
	SD-E4	Erhöhung der Treibstoffsteuern für die Freizeitfliegerei	88,10%	✓	Art. 59 Haushaltsgesetz 2021: Erhöhung der Inlandsverbrauchsteuer auf Energieprodukte für die Freizeitfliegerei
	SD-E5	Förderung der Idee eines europäischen Öko-Beitrags für internationale Flüge	88,10%	?	Im Rahmen der geplanten Reform des EU-Emissionshandelssystems, Unterstützung von Frankreich zum Beenden der kostenlosen Vergabe von CO2-Zertifikaten für die Fluggesellschaften. Unterstützung von Frankreich für einen europäischen Öko-Beitrag im Rahmen der Reform der Richtlinie 2003/96/EG - Restrukturierung der EU-Vorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom
	SD-E6	Vollständiger Ausgleich der nicht zu entfernenden Emissionen durch Kohlenstoffsenken	88,10%	✓	Art. 38 Klima- und Resilienzgesetz: Ab 2022, schrittweiser verpflichtender Ausgleich der Emissionen von Inlandsflügen, und auf freiwilliger Basis für Flüge von und nach französischen Überseegebieten.
	SD-E7	Mittelfristige Unterstützung von Forschung und Entwicklung bei der Entwicklung einer Biokraftstoffindustrie für Flugzeuge	88,10%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 3,4 Mrd. € im Rahmen des 4. Zukunftsinvestitionsplans für die Finanzierung vorrangiger Investitionsstrategien des ökologischen Wandels. Art. 58 Haushaltsgesetz 2021: Ausweitung der Fördersteuer für die Nutzung erneuerbarer Energien auf Flugzeugtreibstoff
	SL1.1	Hausbesitzer und Vermieter dazu verpflichten, ihre Immobilien umfassend zu renovieren	87,30%	✓	Art. 41 & 42 Klima- und Resilienzgesetz: Verbot Wohnungen der niedrigsten Energieeffizienzklassen zu vermieten ab 2028, Art 40 & 44 Klima- und

				Resilienzgesetz: verpflichtende Gebäudediagnose bei Eigentumswohnungen, Schaffung eines Arbeitsplans und Fonds für die Durchführung der Renovierungsarbeiten durch die Eigentümerversammlung, Konjunkturprogramm France Relance: 4 Milliarden Euro für die Renovierung öffentlicher Gebäude
SL1.2	Den Austausch von öl- und kohlebefeuer-ten Heizkesseln in neuen und renovierten Gebäuden bis 2030 vorschreiben.	87,30%	✓	Dekret , welches die Installation neuer ölbefeuer-ter Heizkessel ab dem 1. Januar 2022 verbietet (<i>Projet de décret Relatif à l'interdiction d'installer des systèmes de chauffage et de production d'eau chaude sanitaire consommant principalement des combustibles à haut niveau d'émissions de gaz à effet de serre dans les bâtiments à usage d'habitation ou à usage professionnel</i> , seit 14. Januar in öffentlicher Konsultation)
SL1.3	Einführung eines vereinheitlichen Netzes von zentralen öffentlichen Unterstüt-zungsdiensten für Haushalte, die Ren-ovierungsarbeiten durchführen müssen	87,30%	✓	Art. 43 Klima- und Resilienzgesetz: Definition der Aufgaben des Unterstützungsdienstes - Programm Service d'accompagnement à la rénovation éner-gétique (<i>Unterstützungsdienst für energetische Sanierung, SARE</i>) ab Januar 2021
SL1.4	Schaffung eines abgestuften Systems von Sanierungshilfen mit Darlehen und Zu-schüssen für die Bedürftigsten	87,30%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 2 Milliarden Euro zusätzlich für die energetische Renovierung von Privateigentum (<i>MaPrimeRenov'</i> Programm)
SL1.5	Ausbildung von Baufachleuten, um die Nachfrage nach Generalsanierungen zu befriedigen und einen Übergang aller Bauberufe zu ökologisch verantwortungs-bewussten Verfahren zu gewährleisten.	87,30%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 2 Milliarden Euro zusätzlich für die energetische Renovierung von Privateigentum (<i>MaPrimeRenov'</i> Programm)
SL2.1	Ergreifen strenger Maßnahmen, um Be-treiber öffentlicher Räume sowie von Ge-schäfts- und Industriegebäuden zur Redu-zierung des Energieverbrauch zu ver-pflichten	92%	✓	Art. 46 Klima- und Resilienzgesetz: Ankündigung eines Dekrets zum Verbot beheizter Terrassen und zur Regulierung klimatisierter Innenräume, Art. 45 ändert das Gesetzbuch für das Eigentum öffentlicher Personen, so dass die Ziele der Reduzierung des Energieverbrauchs bei der Erteilung von Ge-nehmigungen zur Nutzung des öffentlichen Raums berücksichtigt werden
SL2.2	Wesentliche Verhaltensänderungen her-beiführen, indem Individuen zur Reduzie-rung ihres Energieverbrauchs aufgefor-dert werden	92%	✓	Kommunikationskampagne der französischen Um-weltagentur ADEME, Programm " coup de pouce thermostat " zur Förderung des Einsatzes von Ge-räten zur Steuerung des Energieverbrauchs
SL2.3	Förderung der Begrenzung des Einsatzes von Heizung und Klimaanlage in Woh-nungen, öffentlichen Räumen und Ge-werbe- und Industriegebäuden (max. Durchschnittstemperatur von 19 Grad, keine Klimaanlage unter 30 Grad).	92%	✓	Energiegesetzbuch (<i>code de l'énergie</i>): Wohn-, Lehr- oder Büroräume dürfen nicht auf mehr als 19 ° C erwärmt werden und Klimaanlage dürfen nicht bei Temperatur unter 26 ° C verwendet werden; Plan für umweltverantwortliche öffentliche Dienstleistungen: Installation von Geräten zur Überwachung des Verbrauchs von Gas, Strom, Wasser, Heizöl und Fernwärme, 20 Millionen Euro für die Finanzierung von "Quick Wins" (schnellen Amortisierung der Investition dank der erzielten Energieeinsparungen)
SL3.1	Definition eines restriktiven Rahmens für die maximale Hektaranzahl an denaturierten Böden, wodurch die Denaturie-rung der Böden um den Faktor 2 reduziert wird und die lokalen	99%	✓	Art. 49 Klima- und Resilienzgesetz: Reduzierung des Flächenverbrauchs um 50% in regionalen Pla-nungsdokumenten (<i>schéma régional d'aménage-ment, de développement durable et d'égalité des</i>

	Stadtplanungsstrategien in Übereinstimmung statt nur in Kompatibilität mit dem Schema für territoriale Kohärenz gebracht werden			<i>territoires</i> , SRADDET) in den nächsten 10 Jahren im Vergleich zu den vorherigen 10 Jahren
SL3.2	Verbot jeglicher Denaturierung von Böden, solange eine kommerzielle, handwerkliche oder industrielle Sanierung existierender Flächen möglich oder Brachland innerhalb des bestehenden städtischen Gebiets vorhanden ist.	99%	✘	Alternativ gewählte Maßnahme: Art. 49 Klima- und Resilienzgesetz: Reduzierung des Flächenverbrauchs um 50% in regionalen Planungsdokumenten (<i>schéma régional d'aménagement, de développement durable et d'égalité des territoires</i> , SRADDET) in den nächsten 10 Jahren im Vergleich zu den vorherigen 10 Jahren; Öffnung neuer Urbanisierungsgebiete nur unter der Bedingung, dass der Bedarf in bereits bebauten Gebieten nicht gedeckt werden kann, Konjunkturprogramm France Relance: 300-Millionen-Euro-Fonds für die Umwandlung von Brachflächen
SL3.3	Sofortige Durchsetzungsmaßnahmen einführen, um die Entwicklung raumnutzungsintensiver vorstädtischer Gewerbegebiete zu stoppen	99%	✔	Art. 52 Klima- und Resilienzgesetz: abgesehen von einigen Ausnahmen dürfen kommerzielle Projekte, die zur Artifizialisierung von Böden führen, nicht mehr genehmigt werden (keine Ausnahme für Projekte mit mehr als 10 000m ²)
SL3.4	Sicherer und endgültiger Schutz von Naturgebieten, vorstädtischen landwirtschaftlichen Gebieten und vorstädtischen Wäldern. Gewährleistung einer nachhaltigen Bewirtschaftung aller privaten und öffentlichen Wälder und Schaffung von Gemüseanbau-Gürteln um städtische Zentren.	99%	✔	Verpflichtung Emmanuel Macron: Schaffung eines Netzes von Schutzgebieten, das 30 % des Territoriums abdeckt, und 10 % des Territoriums unter starken Schutz stellt; Art. 57 Klima und Resilienzgesetz: Bestätigung des Rechts der lokalen Behörden, Naturgebiete zu schützen und die Bebauung bestimmter Flächen zu verhindern; Konjunkturprogramm France Relance: 200 Millionen Euro für die Verbesserung, Diversifizierung und Erneuerung von Waldbäumen
SL3.5	Erleichterte Umwandlung künstlicher Gelände in andere Nutzungsformen.	99%	✔	Konjunkturprogramm France Relance: 200 Millionen Euro um Brachflächen-Sanierungsprojekte und Projekte zur Wiederverwendung bereits bebauter Flächen zu erleichtern
SL3.6	Erleichterte Beschlagnahme leerstehender Wohnungen und Büros	99%	✔	Plan zur Mobilisierung von leerstehenden Wohnungen und Räumlichkeiten (<i>Plan de lutte contre les logements vacants</i> , existierte bereits): Instrumente für lokale Behörden, um leerstehende Räumlichkeiten zu identifizieren und eine "Null-Leerstand"-Strategie (Kommunikation, Sensibilisierung der Eigentümer) umzusetzen
SL3.7	Erleichterte Rückgewinnung und Sanierung von Brachland, insbesondere durch die Möglichkeit für Gemeinden, seit mindestens zehn Jahren aufgegebenes Brachland zu enteignen	99%	✔	Vorschlag, im Rahmen des Gesetzes über Dezentralisierung, Differenzierung, Dekonzentration und verschiedene Vereinfachungsmaßnahmen (4D) den Zeitraum zu verkürzen, der es der Gemeinde erlaubt, Eigentum ohne Eigentümer oder in einem Zustand offensichtlicher Verwahrlosung, in Besitz zu nehmen; Brachflächenfonds zur Unterstützung von Konversionsprojekten
SL3.8	Bewertung des Sanierungspotenzials von Gebäuden vor dem Abriss	99%	✔	Art. 54 Klima- und Resilienzgesetz: Während der Planung eines Bauprojekts oder vor einem Abriss muss der Bauherr eine Studie über das Reversibilitätspotential des Gebäudes durchführen - im Falle eines Abrisses unterstützt durch eine Abfalldiagnose

	SL3.9	Erlaubnis für den Bau von Mehrfamilienhäusern in Wohngebieten	99%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 350 Millionen Euro an Anreizbeihilfe für Bürgermeister, die Bauarbeiten über einer nach der Gebietskategorie festgelegten Dichteschwelle hinaus genehmigen
	SL3.10	Verstärkte Kontrolle der Einhaltung der Verpflichtungen zum Schutz von Land und zur Begrenzung des Verbrauchs von nicht stadtnahem Land, Verhängen von strafrechtlichen Sanktionen bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen.	99%	?	Verweis auf die Verwaltungs- und Justizrichtlinien für Stadtplanung, Umwelt, Bau und Handel (existierten bereits)
	SL3.11	Sensibilisierung für die Bedeutung und den Wert kompakterer Städte und die Entwicklung einer neuen Kultur des gemeinsamen Wohnens.	99%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 250 Millionen Euro für die bereits existierenden Programme " Action Cœur de Ville " und " Petites Ville de demain " zur Revitalisierung von Stadtzentren; Finanzierung von Forschungs-, Innovations- und nachhaltige Stadtdemonstrationsprojekten; Wettbewerb Nachhaltige Städte: 350 Millionen Euro für nachhaltiges Bauens in Gemeinden (siehe Umsetzung SL3.9)
	SL3.12	Finanzierung von Wohnungsanierungen in kleinen Gemeinden	99%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 2 Milliarden Euro zusätzlich für die energetische Renovierung von Privateigentum (<i>MaPrimeRenov</i> Programm); 250 Millionen Euro für die bereits existierenden Programme " <i>Action Cœur de Ville</i> " und " <i>Petites Ville de demain</i> " zur Revitalisierung von Stadtzentren
	SL3.13	Attraktivere Gestaltung von Zentren durch Revitalisierung von Geschäften und die Beibehaltung von Schulen in ländlichen Gebieten	99%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 450 Millionen Euro zur Unterstützung des lokalen Handels, 250 Millionen Euro für die bereits existierenden Programme " <i>Action Cœur de Ville</i> " und " <i>Petites Ville de demain</i> " zur Revitalisierung von Stadtzentren; zusätzliche Finanzhilfen der CDC
ERNÄHRUNG	SN.1.1.1	Einrichtung einer Investitionsprämie für die materiale Ausstattung der Lehranstalten, die Ausbildung des Personals und die Durchführung von Sensibilisierungskampagnen, zum Erreichen der Ziele des EGalim-Gesetzes (Landwirtschafts- und Lebensmittelgesetz)	93%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: Ab Januar 2021, 50 Mio. € für die Unterstützung Schulkantinen kleiner Gemeinden die sich für einen nachhaltigen Ansatz engagieren und die Versorgung mit lokalen, hochwertigen Produkten, einschließlich Bioprodukten, fördern wollen. 80 Mio. € für die Umsetzung territorialer Ernährungsprojekte
	SN.1.1.2	Vorschlag einer Prämie von 10 Cent pro Mahlzeit für kleine biologische und lokale Kantinen (weniger als 200 Mahlzeiten pro Tag), um ihnen zu helfen, die zusätzlichen Kosten für die ersten 3 Jahre ihres Wandels zu tragen	93%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: Ab Januar 2021, 50 Mio. € für die Unterstützung Schulkantinen kleiner Gemeinden die sich für einen nachhaltigen Ansatz engagieren und die Versorgung mit lokalen, hochwertigen Produkten, einschließlich Bioprodukten, fördern wollen. 80 Mio. € für die Umsetzung territorialer Ernährungsprojekte
	SN.1.1.3	Schaffung einer "Beobachtungsstelle der Gastronomiegemeinschaft" für den Austausch guter Praktiken und die Überwachung der Zielerreichung der Ziele des EGalim-Gesetzes	93%	✓	Im März 2019 Schaffung eines nationalen Rates der Gemeinschaftsgastronomie (<i>Conseil national de la restauration collective</i> , CNRC), der alle an der Gemeinschaftsverpflegung beteiligten Akteure zusammenbringt, für die Unterstützung bei der Entwicklung Instrumenten und Überwachung der Durchführung von EGalim-Maßnahmen. Laufende Erarbeitung von einem Leitfaden für die öffentliche Beschaffung im Rahmen des CNRC-Mandates.

SN.1.1.4	Einrichtung einer Kontrollinstanz für die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Umsetzung des EGalim-Gesetzes	93%	✓	Veröffentlichung eines Zwischenstandsberichts im April 2021 über die Umsetzung der französischen Lebensmittelkonferenz (<i>Etats généraux de l'alimentation</i> , Versammlungen von Vertretern aller Interessengruppen aus dem Lebensmittelbereich). Seit März 2019 regelmäßige Treffen des nationalen Rates der Gemeinschaftsverpflegung (CNRC).
SN.1.1.5	Förderung von Überlegungen zur Neufassung des Erlasses vom 30. September 2011 über die Nahrungsmittelqualität der in Schulkantinen servierten Mahlzeiten	93%	✓	Ende 2021 oder Anfang 2022 Neufassung des Erlasses nach Stellungnahme der nationalen Agentur für Lebensmittel-, Umwelt- und Arbeitssicherheit (<i>Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail</i> , ANSES)
SN.1.1.6	Ab 2022, Entwicklung einer täglichen vegetarischen Auswahl in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung und auch in der öffentlichen Ein-Menü-Gemeinschaftsverpflegung.	93%	?	Art. 59 Klima- und Resilienzgesetz: Ab September 2021, freiwillige zweijährige Experimente einer täglichen vegetarischen Auswahl in öffentlicher Gemeinschaftsgastronomie.
SN.1.1.7	Ab 2025, Ausweitung aller Bestimmungen des EGalim-Gesetzes auf die private Gemeinschaftsverpflegung	93%	✓	Art. 60 Klima- und Resilienzgesetz: Bis 2025, Mahlzeiten in privater Gemeinschaftsgastronomie mit einem Anteil von 50% an nachhaltigen Produkten und mindestens 20% Bioprodukte.
SN.1.1.8	Erweiterung der Liste der Produkte, die für den im Gesetz festgelegten Schwellenwert von 50 % ⁴⁵ in Frage kommen, auf Landwirte, die sich im Übergang zur ökologischen Landwirtschaft befinden, und auf Produkte mit geringen Umweltkosten.	93%	✓	Art. L-230-5-1 Landwirtschaft- und Fischereigesetzbuch (<i>code rural et de la pêche</i>): seit 2019 werden Produkte, die gemäß den europäischen Vorschriften als "in Umstellung auf ökologischen Landbau" gekennzeichnet sind, in das Ziel von 50 % nachhaltiger und qualitativ hochwertiger Produkte einbezogen.
SN1.1.9	Hilfe bei der Strukturierung der Sektoren für die Anerkennung der Produkte mit Gütezeichen.	93%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: Umsetzung der Maßnahme " Strukturierung der Sektoren " mit einer 50 Mio. € Ausschreibung. Erhöhte Ausstattung des Bio-Zukunftsfonds auf 13 Mio. € pro Jahr
SN1.2.1	Sichergestellte Präsenz der DGCCRF (Generaldirektion für Wettbewerb, Verbraucherschutz und Betrugsbekämpfung) bei den Verhandlungen, verpflichtete Methode für alle Sektoren, Organisation regelmäßiger Treffen auf berufsübergreifender Ebene, verpflichtete Transparenz der Lebensmittelunternehmen und der zentralen Beschaffungsstellen	98%	✓	EGalim-Gesetz (<i>Loi pour l'équilibre des relations commerciales dans le secteur agricole et alimentaire et une alimentation saine, durable et accessible à tous</i>): verschiedene Mechanismen für die Verschärfung der Transparenz zwischen Herstellern und Händlern (Preis und Kostenindikatoren), Leitlinien zur Umsetzung der Indikatoren in Verträgen vom Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und wirtschaftliche Erholung. Konjunkturprogramm France Relance: 4 Mio. € für die Unterstützung der Ausbildung und des Investitionsbedarfs von Erzeugerorganisationen
SN.1.3.1	Nutzung des Hebels des öffentlichen Beschaffungswesens für die Förderung Produkte aus kurzen, lokalen und umweltfreundlichen Kreisläufen in Form eines "Einkaufsleitfadens" für öffentliche Beschaffer.	99%	✓	2016: Veröffentlichung des LOCALIM-Leitfadens neues Instrument zur Unterstützung der Entwicklung von lokalen und qualitativ hochwertigen Angeboten, Ausbildung und Verbreitung guter Praktiken. Konjunkturprogramm France Relance: 80 Mio. € für die Umsetzung territorialer Ernährungsprojekte, 4 Mio. € für die Ausbildung der

⁴⁵ Das EGalim-Gesetz schreibt vor, dass 50 % der in Einrichtungen der Gemeinschaftsgastronomie genutzten Produkte nachhaltig oder mit Herkunfts- und Qualitätszeichen - wie dem *Label Rouge* - sein müssen, darunter 20 % Bio-Produkte.

					Berufsverbände und der kleinen und mittelständischen Unternehmen zu den Zielen des EGalim-Gesetzes
SN.1.4.1	Fortsetzung der Bemühungen in der Gemeinschaftsverpflegung	97%	✓		2013: Nationaler Pakt zur Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung (<i>Pacte national de lutte contre le gaspillage alimentaire</i> , erneuert im Jahre 2017). 2018: Stärkung des Engagements gegen Lebensmittelabfälle durch das Gesetz für ausgewogene Handelsbeziehungen im Agrarsektor und gesunde und nachhaltige Lebensmittel. 2019: Ausweitung des Anwendungsbereichs des Gesetzes über die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung (<i>Loi relative à la lutte contre le gaspillage alimentaire</i> , auch Loi Garot genannt) von 2016 auf die Gemeinschaftsverpflegung und Agrarnahrung. Im Rahmen des nationalen Ernährungsprogramms Entwicklung einer Toolbox " Stoppt die Verschwendung! ". Rechtsverordnung n°2020-1651 : Rahmenbedingungen des "Anti-Lebensmittelabfall"-Labels (Art. 33 Kreislaufwirtschaftsgesetz).
SN.2.1.1	Erreichen eines Anteils von 50% agroökologischer landwirtschaftlicher Betriebe bis 2040	98%	✓		Bio-Ambitionsplan 2022 : Festlegung von nationalen Zielen (2022: 15 % der landwirtschaftlichen genutzten Fläche ökologisch, 15 000 zertifizierte landwirtschaftliche Betriebe "mit hohem ökologischen Wert"). Konjunkturprogramm France Relance: HVE-Steuerentschuldung (Landwirtschaft mit hohem ökologischen Wert), Erneuerung der Bio-Steuerentschuldung, Erhöhte Ausstattung des Bio-Zukunftsfonds, 135 Mio. € für die landwirtschaftliche Geräte, 50 Mio. € für die " Hecken pflanzen Initiative " 10 Mio. € zur Finanzierung der Durchführung von CO2-Diagnosen inklusive individueller Unterstützung für Landwirte, die weniger als 5 Jahre im Geschäft sind
SN.2.1.2	Aufnahme in das Gesetz und in den Nationalen Strategischen Plan (NSP): Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft (Beibehaltung der Beihilfen für die Umstellung, Wiedereinführung der Beihilfen zum Erhalt der ökologischen Landwirtschaft, Übernahme der Kosten für die jährliche Zertifizierung des Labels durch den Staat)	98%	?		EGalim-Gesetz Zielsetzung: bis 2022 soll 15 % der landwirtschaftlichen genutzten Fläche ökologisch genutzt werden. Konjunkturprogramm France Relance: Unterstützung der Bio-Landwirtschaft durch die Aufrechterhaltung der Steuerentschuldung und durch die Erhöhung des Bio-Zukunftsfonds. Unterstützung Frankreichs vom ökologischen Landwirtschaftssektor auch auf europäischer Ebene durch GAP-Hilfen.
SN.2.1.3	Stickstoffdünger: Erhöhung der generellen Steuer für mit Schadstoffen verbundene Tätigkeiten (Taxe générale sur les activités polluantes, TGAP)	98%	✓		Art. 62-63 Klima- und Resilienzgesetz: Definition eines jährlichen Reduktionspfads für Lachgas (15% bis 2030 im Vergleich zu 2015) und Ammoniakemissionen (13% bis 2030 im Vergleich zu 2005) aus dem Agrarsektor. Einführung einer gestaffelten Abgabe auf mineralische Stickstoffdünger wird in Erwägung gezogen, nur wenn die Ziele nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren erreicht werden, und wenn keine europäische Besteuerung von Stickstoffdünger eingeführt wird; Nationale Dekarbonisierungsstrategie (<i>Stratégie Nationale Bas Carbone</i>): Optimierung der Düngung durch Entscheidungshilfen und den Einsatz effizienterer Geräte, Nutzung der organischen Düngung und Schließung des Stickstoffkreislaufs,

				Entwicklung von Leguminosen in Feldfrüchten und Grünland.
SN.2.1.4	Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden mit einem Verbot von CMR-Produkten (krebserregend, erbgutverändernd, retroproduktiv), Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln um 50 % bis 2025 und ein Verbot der umweltschädlichsten Pestizide bis 2035.	98%	?	Ecophyto II+ Plan : Zielsetzung für die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln von 50% bis 2025. Europäische "Vom-Hof-auf-den-Tisch" Strategie (Farm to Fork) und Biodiversitätsstrategie . Zielsetzung für die Reduzierung der Pestizidnutzung und -risiko von 50% bis 2030.
SN.2.1.5	Aufnahme in das Gesetz und den Nationalen Strategischen Plan (NSP): Hilfe bei der Strukturierung des Eiweißpflanzen-sektors (verstärkte Autonomie des französischen Viehbestands, vollkommene Autonomie für die menschliche Ernährung mit Pflanzenproteinen, verstärkte Diversifizierung der Kulturen in der GAP, Umsetzung des nationalen Plans für Pflanzenproteine).	98%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 100 Mio. € über 2 Jahren für die Umsetzung des Proteinplans (verringere Abhängigkeit Frankreichs von Importen, Verbesserung der Autonomie für die Fütterung der Tiere, Anreiz zur Erhöhung des Verbrauchs von pflanzlichen Proteinen). Im Rahmen der zukünftigen GAP, Unterstützung Frankreichs für die Entwicklung des Anbaus von Eiweißpflanzen in Europa.
SN.2.1.6	Aufnahme in das Gesetz und den Nationalen Strategischen Plan (NSP): Hilfe bei der Erhaltung von Dauergrünland (möglichste Vermeidung von kahlem Land durch die Einführung einer obligatorischen Pflanzendecke, Vergütung der Landwirte für die Leistungen, die sie durch ihre Tätigkeit für die Kohlenstoffspeicherung erbringen)	98%	?	Aktuelle GAP und zukünftige GAP: Unterstützung Frankreich für einen Anreiz zur Erhaltung von Dauergrünland
SN.2.1.7	Aufnahme in das Gesetz und die Nationalen Strategischen Plan (NSP): Verbot der Finanzierung der Errichtung neuer Viehzuchtbetriebe, die die Bedingungen der agroökologischen Landwirtschaft und niedrige Treibhausgasemissionen nicht einhalten, Unterstützung der Landwirte bei der Umstrukturierung ihres Viehbestands zur Verbesserung der Produktionsqualität.	98%	✗	Alternativ gewählte Maßnahme: Konjunkturprogramm France Relance: 100 Mio. € für die Einführung eines "Biosicherheits-Tierschutz"-Plans . Zukünftiger nationaler Strategieplan zur gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU : Konzentration der öffentlichen Mittel auf diejenigen Ställe, die in Bezug auf Biosicherheit, Tierschutz und Umwelt "multi-performing" sind.
SN.2.2.1	Reform der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung: Integration der Lehre der ökologischen Landwirtschaft in den obligatorischen Kernlehrplan, Einführung von Praktika in landwirtschaftlichen Betrieben, die ökologische Landwirtschaftsmethoden anwenden, Öffnung der Weiterbildung über Verfahren der ökologischen Landwirtschaft für alle Landwirte, Ausbildung von Fachberatern in Verfahren der ökologischen Landwirtschaft.	99%	✓	EPA2-Plan "Lehren, anders zu produzieren, für Wandel und Agrarökologie" (Umlaufbeschluss). Im Rahmen dieses Plans: 100% der Lehreinrichtungen verpflichten sich bis 2022 zu einem umweltbewussten Ansatz. 100 % der Standards integrieren die Herausforderungen von Wandel, Tierschutz und Agrarökologie bis 2025.
SN.2.3.1	Anhebung der Anforderungen an die Begrünungsbedingungen der GAP	97%	?	Im Rahmen der Verhandlungen zur GAP im Europäischen Rat wurde beschlossen, 30% der Direktzahlungen für Öko-Regelungen (<i>Eco-schemes</i>) und mindestens 35% des Budgets der ländlichen Entwicklung für die Umwelt- und Klimamaßnahmen vorzusehen. Der Trilog mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission findet derzeit statt.

SN.2.3.2	Umwandlung der Zuweisung von Beihilfen pro Hektar in Beihilfen für landwirtschaftliche Vermögenswerte	97%	?	Das Prinzip der Vorschlag ist für die nächste GAP nicht zulässig. Es gibt aber auch Mechanismen mit ähnlichen Auswirkungen in der zukünftigen GAP.
SN.2.4.1	Einrichtung eines Mechanismus zur Überwachung und Bewertung der Erreichung der Klimaleistung des Nationalen Strategischen Plans (NSP)	99%	✓	Im Rahmen der zukünftigen GAP: Erstellung und Integration eines Leistungs-, Monitoring und Evaluierungsrahmens in den NSP.
SN.2.4.2	"Kompatibilität des Nationalen Strategieplans (NSP) mit der Nationalen Dekarbonisierungsstrategie (<i>Stratégie nationale bas carbone</i> , SNBC), der Nationalen Strategie zur Erhaltung der Biodiversität (<i>Stratégie Nationale pour la Biodiversité</i> , SNB), dem Nationalen Plan für Gesundheit und Umwelt (<i>Plan National Santé Environnement</i> , PNSE) und der Nationalen Strategie zur Bekämpfung der importierten Entwaldung (<i>Stratégie Nationale de lutte contre la Déforestation Importée</i> , SNDI)	99%	✓	Art. 65 Klima- und Resilienzgesetz: Durchsetzung der Kompatibilität zwischen den Zielen des an die Europäische Kommission im Sommer 2021 vorzulegenden nationalen Strategieplans und den Zielen der Nationalen Dekarbonisierungsstrategie (<i>Stratégie nationale bas carbone</i> , SNBC), der Nationalen Strategie zur Erhaltung der Biodiversität (<i>Stratégie Nationale pour la Biodiversité</i> , SNB), dem Nationalen Plan für Gesundheit und Umwelt (<i>Plan National Santé Environnement</i> , PNSE) und der Nationalen Strategie zur Bekämpfung der importierten Entwaldung (<i>Stratégie Nationale de lutte contre la Déforestation Importée</i> , SNDI)
SN.2.4.3	Aufnahme aller Bestimmungen über die Entwicklung der Agrarökologie in den Nationalen Strategischen Plan (NSP).	99%	?	Der an die Europäische Kommission im Sommer 2021 vorzulegende nationale Strategieplan muss im Rahmen der nationalen Umweltarchitektur die Umsetzung der im Rahmen der GAP vorgesehenen Instrumente in Frankreich mobilisieren, die zur Entwicklung der Agrarökologie und zur Unterstützung von Änderungen der Praktiken beitragen werden
SN.3.1.1	Verbesserung der Kenntnisse über Fischbestände und -verlagerung, um Quoten besser zu definieren und Überfischung zu verhindern	99%	?	Im Rahmen der Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU: nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen und der Flotten, die diese Ressourcen nutzen. Die Quoten werden jährlich unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Gutachten über den Zustand der Bestände festgelegt. Aber es gibt einen Mangel an Informationen in einigen Seegebiete.
SN.3.1.2	Fortsetzung der Bemühungen um eine Begrenzung des Fischfangs in empfindlichen Gebieten und für empfindliche Bestände und Verstärkung der Kontrollen des Verbots der Hochseefischerei.	99%	?	EU-Verordnung 2336/2016 . Fischereitätigkeiten, die auf Tiefseearten abzielen, unterliegen einer Fanggenehmigung. Das Verbot der Fischerei jenseits einer Tiefe von 800 Metern wird vom Nationalen Fischerei-Überwachungszentrum überwacht.
SN.3.1.3	Entwicklung rationeller und umweltfreundlicher Aquakulturanlagen, um den Fischfang in natürlicher Umgebung zu vermeiden.	99%	✓	Konjunkturprogramm France Relance: 50 Mio. € für die Stärkung der nachhaltigen Fischerei und Aquakultur.
SN.3.1.4	Schutz der Fähigkeit der Ozeane, Kohlenstoff zu speichern, auch durch den Schutz von Walen und Meerestieren.	99%	✓	Erstes Ziel des Aktionsplans 2021-2023 der nationalen Strategie für Schutzgebiete 2030 : (<i>Plan d'actions 2021-2023 stratégie nationale pour les aires protégées 2030</i>) Schutz von 30 % der Oberfläche der Ozeane durch die Einrichtung von Meeresschutzgebieten, von denen 10 % stark geschützt sein sollten
SN.3.1.5	Verringerung der THG-Emissionen aus Fischerei-, Schifffahrts- und Hafenaktivitäten durch die weitere Umrüstung der	99%	✓	Energie- und Klimagesetz: Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Die Klimaneutralität ist auch in der Nationalen Strategie für Dekarbonisierung zu lesen (<i>Stratégie nationale bas carbone</i> , SNBC). Im

	Schiffsflotte auf umweltfreundliche Antriebssysteme.			Rahmen dieses Zieles, wird eine Strategie zur Reduzierung der THG-Emissionen des Fischereisektors entwickelt. Einsatz der Mittel aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds u. a. für die Finanzierung von Versuchen zu kohlenstoffneutralen Motoren, den Einsatz von elektrischen oder hybriden Antriebssystemen für die Klein- und Küstenfischerei und die Einrichtung von Anlagen und Geräten in Fischereihäfen, um den Bedarf an alternativem Treibstoff und elektrischem Aufladen von Booten zu decken.
SN.4.1.1	"Neuverhandlung des CETA-Abkommens (<i>Comprehensive Economic and Trade Agreement</i>) auf europäischer Ebene, um die Klimaziele des Pariser Abkommens einzubeziehen	91%	?	Abwarten der Ex-post Auswertung von CETA durch die EU-Kommission bis 2022
SN.4.1.2	Aufforderung an die französische Regierung, eine Reform der europäischen Handelspolitik zu verteidigen: Aufnahme des Vorsorgeprinzips in die Handelsabkommen, verbindliche Zielvorgaben für die Einhaltung der Verpflichtungen des Pariser Abkommens aufnehmen, Abschaffung privater Schiedsgerichte, Gewährleistung von Transparenz und demokratische Kontrolle der Verhandlungen.	91%	?	Im Rahmen des European Green Deals : Versorgungsprinzip; Pariser Abkommen als Kernelement, Kohlenstoff-Anpassungsmechanismus an den EU-Außengrenzen. Mai 2019: Ablehnung Frankreichs der Aufnahme von Verhandlungen mit den USA, aufgrund ihres Ausstiegs aus dem Pariser Abkommen. Mai 2020: Französisch-niederländische Initiative zur Stärkung der Verbindung zwischen Handelspolitik und nachhaltiger Entwicklung. September 2020: Keine Annahme des Mercosur/EU-Abkommens in seiner derzeitigen Form
SN.4.1.3	Aufforderung an die französische Regierung, bestimmte Positionen in der Welthandelsorganisation (WTO) zu verteidigen: Berücksichtigung des Pariser Abkommens bei Handelsverhandlungen, Einführung von Sanktionen für Staaten, Aufnahme von Umweltklauseln in die Verhandlungen über Handelsabkommen.	91%	?	Französische Unterstützung für den Abschluss der Verhandlungen zum Verbot von Subventionen für illegale Fischerei, Überfischung und Überkapazitäten sowie die Initiative für eine Umwelterklärung auf der nächsten WTO-Ministerkonferenz für die Erstellung einer Arbeitsagenda zum Thema Klima für die nächsten Ministertreffen.
SN.5.2.1	Bessere Information der Verbraucher durch verstärkte Kommunikation rund um das nationale Programm für gesunde Ernährung und Gesundheit (PNNS) und die Umwandlung des PNNS in ein nationales Programm für gesunde Ernährung, Gesundheit und Klima (PNNSC)	99%	✓	Art. 61 Klima- und Resilienzgesetz: Einführung eines nationalen Programms für Lebensmittel, Ernährung und Klima
SN.5.2.2	Verbot der Werbung für Produkte, die durch das PNNS geächtet sind	99%	✗	Alternativ gewählte Maßnahme: Januar 2020: Unterzeichnung einer Charta durch die audiovisuelle Industrie zur Förderung gesunder Ernährung und gesunden Verhaltens in audiovisuellen Programmen und Werbung, unter der Schirmherrschaft des hohen Rates für audiovisuelle Medien (<i>Conseil supérieur de l'audiovisuel</i> , CSA). Verpflichtung zur schrittweisen Einstellung der Werbung für fettige, salzige und süße Lebensmittel für Kinder. Jährliche Berichterstattung des CSA.
SN.5.2.3	Entwurf einer neuen nationalen Nahrungsmittelsolidarität, um einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu nachhaltigen Nahrungsmitteln zu erleichtern.	99%	?	Zukünftige Einführung eines Lebensmittelgutscheinprogramms für die einkommensschwächsten Haushalte

SN.5.3.1	Reform der Funktionsweise von Lebensmittelsiegeln durch die Abschaffung privater Siegel und Einführung eines Siegels für Produkte aus der ökologischen Landwirtschaft.	98%	✓	Art. 66 Klima- und Resilienzgesetz: Überwachung der Verwendung des Fairtrade-Siegels und Erwähnung der Agrarökologie in der Definition des Fairen Handels
SN.6.1.1	Information der Verbraucher über den Grad der Verarbeitung der Produkte, insbesondere durch eine obligatorische Kennzeichnung und die Einführung einer Ethik-Charta für die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die über technische Hilfsstoffe und Lebensmittelzusatzstoffe informiert und diese hinsichtlich der Treibhausgase bewertet. Schnelle und verpflichtende Bereitstellung von Informationen über Lebensmittelunfälle.	100%	✗	Alternativ gewählte Maßnahme: Verweis auf die Tatsache, dass die genaue Definition des Begriffs "ultrahochverarbeitete Lebensmittel" umstritten ist
SN.6.1.2	Verbot der Einfuhr von Produkten, die aus technischen Hilfsstoffen bestehen, die von der Europäischen Union verboten sind.	100%	?	Verweis auf die Tatsache, dass die europäischen Vorschriften in Bezug auf die Verwendung von Lebensmittelzusatzstoffen zu den strengsten weltweit gehören. Frankreich hat seit 1973 ein Zulassungssystem für Verarbeitungshilfsstoffe und ist derzeit das einzige Land, das eine vollständige Regelung für diese Stoffe entwickelt hat und setzt sich auf europäischer Ebene für eine Verbesserung des EU-Systems ein.
SN 6.1.3	Schrittweise Einstellung der Verwendung von technischen Hilfsstoffen und Lebensmittelzusatzstoffen innerhalb von fünf Jahren.	100%	?	Die Verwendung von Zusatzstoffen ist auf europäischer Ebene geregelt und ein umfassenderes Verbot der Verwendung bestimmter Klassen von Zusatzstoffen müsste auf europäischer Ebene durchgesetzt werden. Frankreich bringt dieses Thema auf europäischer Ebene bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ein
SN 6.1.4	Besteuerung von stark verarbeiteten Produkten mit großem CO2-Fußabdruck und geringem Nährstoffgehalt.	100%	✗	Alternativ gewählte Maßnahme: Keine Besteuerung, da die Definition von "stark verarbeiteten Produkten" nicht geklärt ist; Konjunkturprogramm France Relance: Maßnahmen "Territoriale Lebensmittelprojekte" (80 Mio. EUR) und "Lokale und solidarische Lebensmittel" (30 Mio. EUR) zur Förderung von kurzen Transportwegen, Bauernmärkten und solidarischen Lebensmittelläden; Minister für Landwirtschaft und Ernährung unterzeichnete Charta der Verpflichtung zur Förderung frischer und lokaler Produkte in Supermärkten
SN 6.1.5	Einrichtung von Lebensmittelgutscheinen für die Benachteiligte zur Verwendung in den AMAPs (Verein zur Aufrechterhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft) oder für Bioprodukte.	100%	?	Bei seinen Treffen mit der CCC hat sich Präsident Macron für diese Maßnahme ausgesprochen, sie wurde allerdings noch nicht umgesetzt
SN 7.1	Verabschiedung eines Gesetzes, das das Verbrechen des Ökozids im Rahmen der neun planetarischen Grenzen bestraft, und das die Pflicht zur Wachsamkeit und das Verbrechen der Fahrlässigkeit einschließt, dessen Umsetzung von einer "Hohen Behörde für planetarische Grenzen" garantiert wird.	99%	✓	Art. 67-68-69 Klima- und Resilienzgesetz: Schaffung des Delikts (anstelle eines Verbrechens, wie von der CCC gefordert) "erschwerender Umstandes der Umweltgefährdung" (wenn das betreffende Verhalten die Fauna, die Flora oder die Wasserqualität der unmittelbaren Gefahr einer schweren und dauerhaften Schädigung aussetzt (Auswirkungen, die voraussichtlich länger als zehn Jahre andauern)), Schaffung von Straftatbeständen der allgemeinen Umweltschädigung,

					Schaffung eines Straftatbestands des Ökozids, um die Strafen zu erhöhen, die verhängt werden, wenn die Handlungen der schweren und dauerhaften Umweltverschmutzung eine Schwelle der Vorsätzlichkeit überschreiten (Strafmaß wird auf 10 Jahre Haft und 4,5 Millionen Euro erhöht)
Verfassung	Änderung der Präambel der Verfassung mit dem Zusatz: "Die Versöhnung der daraus resultierenden Rechte, Freiheiten und Prinzipien darf die Erhaltung der Umwelt und des gemeinsamen Erbes der Menschheit nicht gefährden"	76 %	✘		Ablehnung von Emmanuel Macron (einer der drei vereinbarten Joker)
Verfassung	Änderung von Artikel 1 der Verfassung: "Die Republik garantiert die Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Umwelt und den Kampf gegen den Klimawandel".	85%	✓		Entwurf des Verfassungsgesetzes zur Ergänzung von Artikel 1 der Verfassung: Einfügen eines Satzes mit folgendem Wortlaut in Art. 1: "Sie garantiert den Erhalt der Artenvielfalt und der Umwelt und kämpft gegen den Klimawandel. ", Präsident Macron hat sich verpflichtet, diese Revision der Verfassung dem französischen Volk in einem Referendum gemäß dem in Artikel 89 der Verfassung vorgesehenen Verfahren vorzulegen
Verfassung	Stärkung der Überwachung der Umweltpolitik durch Einrichtung eines Kontrollorgans: Umweltverteidiger	81%	✓		Die Abgeordnete Célice Muschotti wurde mit einer parlamentarischen Mission betraut, um die Bedingungen für die Schaffung eines neuen Kontrollorgans zu untersuchen (ein Verteidiger der Umwelt (<i>défenseur de l'environnement</i>) ähnlich dem französischen Kontrollorgan Verteidiger der Rechte (<i>défenseur des droits</i>))
Verfassung	Reform des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates (<i>Conseil économique, social et environnemental</i> , CESE) in eine "Kammer der Bürgerbeteiligung" (CPC)	59%	✓		Gesetz zur Reform des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates (<i>Conseil économique, social et environnemental</i> , CESE), verabschiedet am 15. Dezember 2020, setzt einen Teil der Empfehlungen der CCC um, insbesondere durch die Verankerung der Möglichkeit, dass der CESE Bürgerinnen und Bürger per Losverfahren bestimmen kann.

Anhang 1: Gliederung der 150 Maßnahmen in 46 thematische Ziele

Themen- gruppe	Nr.	Thematisches Ziel	Maßnahmen
Transport	1	Entwicklung anderer Verkehrsmittel als des privaten Autos	SD-A 4.3
	2	Gestaltung öffentlicher Straßen, um neue Arten des Reisens zu ermöglichen	SD-B 1.1 – SD-B 1.7
	3	Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf Autobahnen und Schnellstraßen	SD-B 2.1 – SD-B 2.3
	4	Schaffung der Voraussetzungen für ein Wiederumsteigen auf die Nutzung von Zügen jenseits der Hochgeschwindigkeitsstrecken	SD-C 1.1 – SD-C 1.8
	5	Verringerung des Langstreckenverkehrs von schweren Lastkraftwagen, die Treibhausgase ausstoßen, indem eine Verkehrsverlagerung auf die Schiene oder die Binnenschifffahrt ermöglicht wird	SD-D 1.1 – SD-D 1-4
	6	Emissionen von Schiffen während ihres Betriebs in Häfen (Ein- und Ausschiffen von Passagieren oder Gütern) auf null reduzieren	SD-D 2.1 – SD-D 2.2
	7	Einwirken auf Vorschriften und den Übergang zu saubereren Fahrzeugen	SD-D 3.1
	8	Unternehmen und Verwaltungen einbeziehen, um die Reisen ihrer Mitarbeiter zu überdenken und besser zu organisieren	SD-E1
	9	Einrichtung einer zentralen Internetseite, die alle Informationen über die Verkehrssysteme und Verkehrsmittel in einem bestimmten Gebiet anbietet.	SD-E2
	10	Einbeziehung der Bürger in die Steuerung der Mobilität sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene	SD-E3
	11	Begrenzung der negativen Auswirkungen von Flugreisen	SD-E4
Konsum	12	Schaffung einer Verpflichtung zur Offenlegung der Kohlenstoffauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen	C 1.1 – C 1.2
	13	Regulierung der Werbung, um Anreize für übermäßigen Konsum zu verringern	C 2.1 – C 2.3
	14	Begrenzung der Überverpackung und der Verwendung von Einwegkunststoffen durch die Entwicklung von Großverkauf, Recycling und Einzahlung in Einzelhandelseinrichtungen	C 3.1 – C 3.4
	15	Gewährleistung einer besseren Umsetzung der Umweltpolitik der Regierung und deren Bewertung, um sie wirksamer zu machen	C 5.1 – C 5.3
	16	Bildung, Ausbildung und Sensibilisierung, um einen verantwortungsvollen Konsum zu ermöglichen:	C 6.1 – C 6.2
Leben & Wohnen	17	Umfassende energetische Sanierung von Gebäuden bis 2040 verbindlich vorschreiben	SL 1.1 -SL 1.5
	18	Bedeutende Begrenzung des Energieverbrauchs in öffentlichen, privaten und industriellen Bereichen	SL 2.1 – SL 2.3
	19	Bekämpfung von Bodenzerstörung und Zersiedelung, indem das Leben in Städten und Dörfern attraktiv gestaltet wird	SL 3.1 - SL 3.13
Produzieren & Arbeiten	20	Förderung einer verantwortungsvolleren Produktion, Entwicklung von Reparatur-, Recycling- und Abfallentsorgungseinrichtungen	PT 1.1 – PT 1.5
	21	Entwicklung und Unterstützung von Innovationen beim Übergang	PT 2.1
	22	Organisation und Unterstützung der Finanzierung der Wandlung der Produktionsmittel der Unternehmen im Rahmen des ökologischen Übergangs.	PT 3.1 – PT 3.3
	23	Begleitung der Umwandlung von Unternehmen und der Wandlung von Berufen auf regionaler Ebene	PT 4.1 – PT 4.2
	24	Dem Bilanzbuch aller Institutionen, die eine Bilanz erstellen müssen, einen CO2-Fussabdruck hinzufügen	PT 6.1 – PT 6.3

	25	Stärkung von Umweltklauseln im öffentlichen Beschaffungswesen	PT 7.1	
	26	Schutz von Ökosystemen und Biodiversität	PT 8.1	
	27	Bessere Berücksichtigung der importbedingten Treibhausgasemissionen bei der Umweltverschmutzung in Europa	PT 9.1	
	28	Produktion, Speicherung und Umverteilung von Energie für und durch jedermann	PT 11.1 – PT 11.3	
	29	Mit der Entwicklung der digitalen Technologie Schritt halten, um ihre Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern	PR 12.1 – PT 12.4	
Ernährung	30	Den gesamten Gastronomiesektor zu tugendhafteren Praktiken bewegen	SN 1.1.1 – SN 1.1.9	
	31	Trilaterale Verhandlungen transparenter und fairer für die Bauern machen	SN 1.2.1	
	32	Entwicklung kurzer Lieferketten (lokaler Handel)	SN 1.3.1	
	33	Fortsetzung der Bemühungen zur Verringerung der Lebensmittelabfälle in der Gastronomie und auf individueller Ebene	SN 1.4.1	
	34	Entwicklung von Verfahren ökologischer Landwirtschaft	SN 2.1.1 – SN 2.1.7	
	35	Reform der landwirtschaftlichen Bildung und Ausbildung	SN 2.2.1	
	36	Beibehaltung der ehrgeizigen Position Frankreichs bei den GAP-Verhandlungen (Gemeinsame Agrarpolitik)	SN 2.3.1 – SN 2.3.2	
	37	Die GAP als Hebel für den Wandel auf nationaler Ebene	SN 2.4.1 – SN 2.4.3	
	38	Förderung der Entwicklung einer emissionsarmen Fischerei	SN 3.1.1 – SN 3.1.5	
	39	Nachdenken über ein Modell der Handelspolitik für die Zukunft zur Förderung einer gesunden Ernährung und einer Landwirtschaft mit geringen Treibhausgasemissionen in Frankreich	SN 4.1.1 – SN 4.1.3	
	40	Bessere Informationen für Verbraucher	SN 5.2.1 – SN 5.2.3	
	41	Regulierung der Herstellung, Einfuhr und Verwendung von Verarbeitungshilfsstoffen und Lebensmittelzusatzstoffen	SN 5.3.1	
	42	Reform der Funktionsweise von Lebensmittelsiegeln	SN 6.1.1 – SN 6.1.5	
	43	Gesetzgebung zum Verbrechen des Ökozids	SN 7.1	
		44	Verfassung	
		45	Referenden	